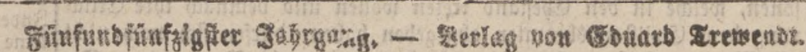
Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 1⅓ Thlr., Wochen-Abonnement 5 Sgr., außerhalb incl. Porto 2⅓ Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.



Nr. 411. Morgen-Ausgabe. Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 4. September 1874.

Zur Beurtheilung des Bankgesetzentwurfs.

Die „Nationalzeitung" bringt in ihrer Nummer vom 29. August einen Artikel „Zur Bankfrage", welcher sich in scharfen, wenn auch in vorsichtige Formen gekleideten Tadel gegen den Bankgesetzentwurf ergeht, nachdem sie früher mehrere Artikel gebracht hatte, welche diesem Entwurf beistimmten. Wir billigen es zwar durchaus, daß ein Blatt bei solchen Fragen, die eine fachmännische Beurtheilung erfordern, verschiedenen Ansichten Raum giebt, indessen hätten wir gewünscht, daß die „Nationalzeitung" die ausdrückliche Bemerkung vorangeschickt hätte, dieser Artikel gehe von entgegengesetzten Gesichtspunkten aus, wie die aus anderer Feder geflossenen vorhergehenden, damit der weniger kundige Leser nicht in den Irrthum versetzt werde, als sei zwischen den Ansichten der verschiedenen Verfasser eine Ausgleichung möglich.

Indem wir nun bekennen, fast in allen Punkten anderer Ansicht zu sein, als der neueste Artikel der „Nationalzeitung", wollen wir doch nicht die Bemerkung unterlassen, daß derselbe sichtlich aus wohl erfahrener und berufener Feder herrührt, und in abgerundeter und besonnener Form ziemlich alle die Einwendungen gegen die Vorlage hervorhebt, welche einer Erörterung bedürftig sind.

Der Verfasser findet in dem Entwurfe die Tendenz, das gesammte Zettelbankwesen in Deutschland zu vernichten. Wir sind der Ansicht, daß der Entwurf sich nur Mühe giebt, den größern Theil aller deutschen Zettelbanken auf die bescheidene und mit dem öffentlichen Wohl vereinbarliche Stellung zurückzuführen, welche die Preußischen Provinzial-Zettelbanken schon jetzt einnehmen. Die Banken in Danzig, Stettin, Breslau, Magdeburg werden an dem Entwurf allerdings einige, aber doch keine wesentlichen Abänderungen vorzuschlagen haben, und werden der Ansicht sein, daß sie unter der Herrschaft dieses Entwurfs recht wohl bestehen und fortarbeiten können.

Der Entwurf übt auf die Zettelbanken eine gewisse Pression aus, einen Theil der durch ihr Privilegium ihnen verliehenen Rechte durch eine Aenderung ihres Statuts aufzugeben. Der Verfasser macht dagegen geltend, daß die Generalversammlung nicht competent sei, einen solchen Verzicht auszusprechen, weil jeder einzelne Actionär Träger des verliehenen Privilegiums sei, und es daher einer einstimmigen Willenserklärung aller Actionäre bedürfe, um ihr Privilegium aufzugeben. Diese Behauptung halten wir juristisch für ganz unhaltbar. Das Privilegium ist nicht den Actionären, sondern den Gesellschaften verliehen, und den Gesellschaften steht das statutenmäßige Recht zu, ihre Statuten abzuändern.

Der Verfasser behauptet, der Entwurf schaffe ein bloßes Provisorium und gebe gar keine Auskunft darüber, was im Jahre 1886 definitiv geschaffen werden solle. Wir halten dagegen den Entwurf für das definitive Bankgesetz. Der Gesetzgeber behält sich nur das Recht vor, nach zwölf Jahren neue Vorschriften zu erlassen, falls dann ein Bedürfniß dazu sich herausstellen sollte. Wir nehmen an, daß dies Bedürfniß nicht eintreten wird.

Der Verfasser behauptet, die Steuer von 1 Procent auf den ungedeckten Notenumlauf bis zum Betrage von 100 Millionen Thaler würde den Erfolg haben, daß der Disconto sich nie auf weniger als 5 Procent stellen würde. Diese Behauptung würde nur dann gerechtfertigt sein, wenn die Zettelbanken die einzigen Disconteure wären. Es treten aber außer den Zettelbanken auch die Discontobanken, die Privatbanquiers, die Eisenbahnen, die Versicherungsgesellschaften als Disconteure auf; es werden bei einem sehr hohen Discontosatz die ausländischen Banken hier als Disconteure auftreten. Die Vorschriften über Notenbesteuerung zwingen die Zettelbanken, dem Depositengeschäft mehr Pflege zuzuwenden, um ihren Baarvorrath und somit die Summe der zulässigen Notenemission zu erhöhen, und tragen so indirect dazu bei, die Mittel der Banken zur Betreibung des Discontogeschäfts zu vermehren.

Die „Nationalzeitung" behauptet, es fehle an statistischem Material darüber, wie hoch sich der ungedeckte Notenumlauf in Deutschland belaufe. Von den 34 deutschen Zettelbanken veröffentlichen indessen 28 regelmäßige Monatsausweise und die übrigen sechs, die zu den kleinsten Instituten gehören, wenigstens Jahresausweise. Wir wissen (vgl. Hirt's Annalen 1874 S. 711), daß Ende 1873 in Deutschland 450,081,389 Thlr. Noten umliefen, von denen nur 302,591,654 Thlr. durch Metall bedeckt waren, so daß der Ueberschuß 147,489,735 Thlr. betrug. Bedenkt man, daß zu jener Zeit der Geschäftsgang flau war, und daß in England das Maximum der ungedeckten Notenausgabe 100,000,000 Thlr. beträgt, so sind jene Ziffern erschreckend. Eine erhebliche Einschränkung der papiernen Circulationsmittel ist um so mehr geboten, als wir damit beschäftigt sind, unseren Bedarf an Edelmetall wesentlich zu erhöhen.

Daß die Notensteuer, namentlich die, welche den Betrag, der 100,000,000 Thlr. übersteigt, mit 5 Procent belegt, dazu beitragen wird, den Discontosatz in Zeiten herannahender Ueberspeculation zu steigern, ist nicht allein richtig, sondern auch beabsichtigt. Es giebt keine bessere prophylaktische Maßregel gegen Krisen, als die in der rechtzeitigen Discontoerhöhung liegende Mahnung, den Umfang der Unternehmungen einzuschränken. Je rechtzeitiger diese Maßregel erfolgt, um so kürzer kann ihre Dauer sein. Wer in niedrigen Discontosätzen bei gesteigerter Notenemission ein Mittel sieht, der soliden Industrie über Krisen hinwegzuhelfen, der huldigt bewußt oder unbewußt der Ansicht, daß Papier Capital schaffen kann, während Papier doch nur die Macht hat, über den Mangel an Capital zu täuschen, und diese Täuschung verderblich wirken muß.

Die „Nationalzeitung" kann nicht umhin, bestehende Uebelstände anzuerkennen, die Abhülfe erheischen. Sie schlägt dazu den Weg des Compromisses mit den Privatzettelbanken vor. Welchen Erfolg Verhandlungen zwischen dem Träger der staatlichen Hoheitsrechte und einzelnen Privilegirten führen, haben uns die Affairen der Grafen Stolberg, Arenberg und anderer Standesherren gezeigt; das deutsche Reich wird zu stolz sein, um mit der Bückeburger Bank zu unterhandeln.

Breslau, 3. September.

Wir brauchen von dem, was wir vor der Feier des Sedantages schrieben, kein Wort zurückzunehmen; alle Berichte stimmen darin überein, daß das Fest als ein Nationalfest im vollen Sinne des Wortes gefeiert worden ist. Gerade im Süden Deutschlands, auf welchen die Anhänger des Mainzer Bischofs die meiste Hoffnung setzten, hat die Feier fast noch größeren Anklang gefunden, als im Norden; insbesondere ist hier der Hauptstadt Baierns rühmlich zu gedenken. Nicht einmal in Mainz hat das Abmahnungswort des Herrn v. Ketteler Eindruck zu machen vermocht. Wir können mit der Feier zufrieden sein. „Nicht auf engem Raum wie die Hellenen — schreibt die „N. Ztg." sehr richtig am Schlusse ihres heutigen Leitartikels — können wir das Herrlichste in einem vollendeten Bilde zusammendrängen, in der Weite unseres Landes, bei der Größe unseres Volkes zersplittert sich das gemeinsame Fest in tausend Feste, aber der Geist, der sie alle durchdringt, ist derselbe; die gleiche Weihe klingt aus dem Geläut aller Glocken; überall erhebt sich der einige Ruf: Das Reich und der Kaiser! In dem Winde von Sedan rauschen alle Fahnen und Wimpel, und in der Erinnerung, die uns erfüllt, begrüßen wir die Morgenröthe einer glorreichen Zukunft für unser Volk und für die Welt."

Der „Pest. L." bestätigt, daß die **österreichische** Regierung Reclamationen wegen Grenzverletzung nach Bukarest gerichtet hat. Das genannte Blatt schreibt:

„Mit Bezug auf die Grenzverletzungen und Excesse, die von rumänischer Seite neuerdings auf ungarischem Gebiete verübt wurden, erhalten wir zunächst die Mittheilung, daß auch die amtlichen Erhebungen die Richtigkeit des Sachverhaltes im Großen und Ganzen bestätigen. Auf Grundlage dieser Daten hat nun das gemeinsame Ministerium des Aeußern, wie wir mit Befriedigung constatiren können, bereits die nachdrücklichste Reclamation an die fürstliche Regierung gerichtet, volle Genugthuung und Entschädigung für die Betroffenen, strenge Ahndung der Schuldtragenden und namentlich des rumänischen Hauptmannes V. begehrt und durch die Erlassung von Anordnungen darauf hingewirkt, daß eine Wiederholung ähnlicher Scenen nicht stattfinde. Wir wollen im Interesse des freundnachbarlichen Einvernehmens mit der rumänischen Regierung wünschen, daß dieselbe nicht säumen wird, diesen vollkommen berechtigten Forderungen in vollem Maße nachzukommen."

Die **italienischen** Blätter beschäftigen sich gegenwärtig vor Allem mit dem für wahrscheinlich gehaltenen Eintritt Sella's in das Ministerium. Alle diejenigen, die auf Seite der Regierung und der bisherigen Kammermehrheit stehen, bezeichnen einmüthig den Eintritt Sella's als einen großen Gewinn für die Regierung und die ganze Regierungspartei. Wie der Florentiner „Gazz. del Popolo" aus Rom geschrieben wird, ist ein Haupthinderniß des Eintrittes Sella's in die Regierung, nämlich des letzteren Spannung mit dem Kriegsminister Ricotti, seinem früheren Amtsgenossen im Ministerium Lanza, behoben. — Der Wechsel der Verhältnisse, der sich hierdurch zu erkennen giebt, ist allerdings merkwürdig genug. Minghetti beschleunigte den Fall Sella's, und heute will er ihn wieder aufrichten. Das Ministerium Lanza-Sella, müde durch eine vierjährige Opposition, zog sich zurück, doch Sella und Minghetti wurden als Deputirte ihrer politischen Wahlverwandtschaften inne; deshalb wollen beide fortan mit vereinten Kräften auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten. Minghetti, bemerkt eine römische Correspondenz der „A. A. Z.", erhielte als Unterrichtsminister zugleich die loyale Mission zu erfüllen die bisher vernachlässigt am Wege liegen blieb. Wenn Minghetti nicht glücklich war, wo er die Sella'schen Finanzprojecte mit leichter inhaltlicher Veränderung und unter annehmlicheren Formen ausführen wollte, so war daran der allzu starke Impuls in den Verwaltungsreformen schuld, durch dessen Ergebnisse er das Deficit decken zu können meinte. Um dieses neue Duumvirat also würde die Partei der Regierung sich sammeln und bei den bevorstehenden Wahlen wider die alte und die neue Linke Stellung zu nehmen. — Eine römische Correspondenz der Wiener „Presse" weist namentlich darauf hin, daß der Eintritt Sella's ins Ministerium eine Bürgschaft für Bismarck wäre, daß man in Italien gesonnen sei, in den kirchlichen Fragen so weit zu gehen, als dies der Lage der Dinge nach möglich.

In **Frankreich** erwartet man, daß der Monat September eine Fülle von ultramontanen Demonstrationen bringen wird. Es sind für die erste Hälfte des Monats nicht weniger als achtundzwanzig Wallfahrten angemeldet; für den 8. September sind eilf und für den 13. vier in Aussicht genommen. Man sieht, die französischen Frommen werden in Verlegenheit kommen, welchem Heiligthum sie den Vorzug geben sollen. Die Eisenbahngesellschaften haben den Wallfahrern neuerdings noch weitere Erleichterungen gewährt. Früher bewilligten sie ermäßigte Preise nur für einen ganzen Extrazug, jetzt werden vom 8. bis zum 17. September ermäßigte Preise schon für Gruppen von zehn Pilgern gewährt. Ein clericales Blatt, „Le Dimanche d'Amiens", meldet diese erfreuliche Neuigkeit. Aber nicht nur für die Wallfahrten wirkt die Geistlichkeit mit dem größten Eifer; außerdem bestrebt sie sich, die katholischen Arbeitervereine möglichst zu vermehren. Es bestehen solcher Vereine schon vierundachtzig in verschiedenen Städten. Der Congreß der katholischen Arbeitervereine, der in Lyon gehalten wurde, hatte kein anderes Ziel, als diesen Bestrebungen einen lebhafteren Antrieb zu geben. Jeder dieser Vereine hat einen eigenen Geistlichen und eine besondere Capelle. Die Mitglieder des Vereins erhalten ein Paßbüchlein, welches sie bei allen ähnlichen Verbindungen in ganz Frankreich legitimirt und einführt. Die Arbeiter, welche ihren Wohnort ändern, wenden sich an den Sekretär des Comitee's am Orte, wo sie einziehen; sie finden dort sogleich Beschäftigung, denn die Geistlichkeit, die Jesuiten und die Maires von der moralischen Ordnung sorgen dafür, und so wird sich, wie eine Pariser Correspondenz der „K. Z." bemerkt, nach und nach über ganz Frankreich das Netz einer großen katholischen Arbeiterverbindung ausbreiten, über welche die Führer der Ultramontanen immer verfügen können. Durch das Interesse halten sie die Arbeiter am sichersten, besonders in dem Zustande moralischen Verfalles, in welchem sich die arbeitende Klasse in Frankreich befindet. Die Jesuiten haben das sehr wohl eingesehen und handeln demgemäß.

Der Graf von Chambord hat an Don Carlos folgendes Schreiben gerichtet:

„Mein sehr lieber Neffe! Die Befriedigung, womit mich das Lesen Ihres Schreibens in Folge der Entschlossenheit der darin enthaltenen Gesinnung erfüllt hat, ist eben so lebhaft, als das Interesse, welches mir Ihre Sache in allen Einzelheiten einflößt. Ich weiß nach ihrem gerechten Werth die Beweggründe zu würdigen, welche Sie bestimmt haben, Ihr Memorandum an die christlichen Mächte zu richten. Die Verachtung ist in der Regel die beste Antwort auf die revolutionairen Lügen, aber die Verleumdung gelangt zuweilen zu Excessen, die man nicht dulden darf. So ist der Fall, in welchem Sie sich heute befinden. Ich hoffe indeß gern, daß nach dem Lesen der von Ihnen mit so vieler Klarheit auseinandergesetzten Thatsachen die in Rede stehenden Mächte besser unterrichtet sein und ihr eigenes Interesse zu ihrer Richtschnur nehmen werden, nicht länger ihr Ohr der Wahrheit verschließen und der Welt das traurige Schauspiel bieten werden, welches wir vor Augen haben. Ich habe nicht nothwendig, Ihnen zu sagen, daß wir, Ihre Tante und ich, glücklich sein werden, wenn uns Nachricht von dem Triumph der legitimen Sache in Spanien zukommen wird. Gott hat Ihnen bereits sichtbare Zeichen seines Schutzes bewilligt; er wird Sie bis zum Schluß unterstützen, denn Sie werden ihm getreu bleiben, indem Sie, wie Sie es bisher gethan, nur für seinen Ruhm, für das Glück Ihres Volkes und den Triumph der katholischen Kirche kämpfen. Muth also, lieber Neffe, und feste Hoffnung! Glauben Sie an meine heißen Wünsche und zählen Sie auf die unveränderliche Freundschaft Ihres wohlgeneigten Henry".

Don Carlos hat die Vertreter der Provinz Alava durch folgende Proclamation einberufen:

„Jederzeit und vor allem Volke habe ich den Wunsch ausgesprochen, die alten und ehrwürdigen Fueros dieser treuen Provinzen in ihrer vollen Unversehrtheit wieder herzustellen, welche ich so feierlich zu behalten und zu vervollständigen versprochen habe. Indessen hat mich die Gewalt der Umstände bis dahin verhindert, diesen Wunsch ganz zu verwirklichen, sondern mich gezwungen, die Ortsbehörden in einigen Provinzen selbst zu ernennen, in Erwartung des Zeitpunktes, in welchem der Fortschritt unserer Waffen den Fueros gemäße Wahlen ermöglichen würde. Der Augenblick ist, Gott sei Dank, für die jetzt beinahe ganz ihrem rechtmäßigen König unterworfene Provinz Alava gekommen. Den von der Mehrheit der Städte und Gemeinden meiner sehr edlen und sehr loyalen Provinz Alava geäußerten Wünschen entsprechend und demjenigen Rechnung tragend, was durch die sie betreffenden Ordonnanzen, Gewohnheitsrechte und Decrete ihrer Junten festgesetzt worden, rufe ich die „Procuratoren (Vertreter) der Bezirke meiner besagten Provinz Alava zu einer außerordentlichen Session in meine Stadt Maestu auf den 31. August zusammen, um gemäß dem Fuero oder Gewohnheitsrechte eine allgemeine Abordnung und eine besondere Junta zu wählen, und alle andern Geschäfte, zu welche im Dienste Gottes und dem meinigen als dringend erfordert werden dürften; diese allgemeinen Versammlungen werden unter dem Vorsitze des von mir ernannten königlichen Commissärs, dessen Verrichtungen sofort mit der Wahl des General-Deputirten dahinfallen, abgehalten werden. Betrachten Sie Gegenwärtiges als beschlossen und theilen Sie es wem Rechtens mit. Gegeben in meinem General-Quartier zu Lequnitio, den 10. August 1874. Ich, der König.

Gezeichnet mit königlicher Hand. Der Staatssecretair der Justiz, des Innern und der Finanzen: Luis Mon Velasco."

Deutschland.

= **Berlin**, 2. Septbr. [Etats. — Eisenbahn-Conferenz.] Der Etat des Rechnungshofes des deutschen Reichs war an fortdauernden Ausgaben für das Jahr 1874 veranschlagt auf 342,402 Mark; im Jahre 1875 erhöht sich diese Summe auf 381,612 Mark, beträgt mithin 39,210 Mark mehr als im Vorjahr. Die einmaligen Ausgaben und zwar für Revision der Kriegskostenrechnung von 1870/71 betragen unverändert wie in den beiden Vorjahren 60,000 Mark. Das Mehr der dauernden Ausgaben entsteht durch Creirung einer Rathsstelle in Folge der Vermehrung der Dienstgeschäfte und ebenso von 6 Revisoren, durch Mehraufwände zur Verbesserung der Lage der Hilfsschreiber und der Remunerationen für Subaltern-, Kanzlei- und Unterbeamte 2c. — In dem Etat für das Reichsoberhandelsgericht waren die Einnahmen pro 1874 veranlagt auf 35,370 Mark; 1875 beträgt die Summe 36,900 Mark, mithin 1530 Mark mehr. Die wirkliche Einnahme an Gerichtskosten für Geschäfte des Reichsoberhandelsgerichts hat im Jahre 1872 betragen 10,877 Thlr., im folgenden Jahre 13,861 Thlr. und im ersten Quartal des laufenden Jahres 3230 Thlr. Hiernach und mit Rücksicht auf die fortdauernde Vermehrung der Geschäfte des Gerichtshofs darf die Gerichtskosteneinnahme für 1875 auf mindestens 12,000 Thlr. = 36,000 Mark berechnet werden. Die Zahl der Räthe beträgt jetzt nach dem Zugang von 2 Stellen 21, welche 207,900 Mark Gehalt beziehen. Der Zugang war durch Geschäftsvermehrung bedingt. Die Zahl der eingegangenen Spruchsachen betrug 1871 nur 791, steigerte sich 1872 auf 942, dann 1873 auf 1142, und im ersten Semester 1874 auf 664, woraus sich die stetige Geschäftszunahme auch für 1875 ergiebt. Die Gesammtsumme der fortdauernden Ausgaben beträgt 351,540 Mark; dagegen waren 1874 angesetzt 321,366 Mark, es sind also 30,174 Mark mehr verausgabt als im vorigen Jahre. — Am Freitag Vormittag 10 Uhr beginnt im Reichskanzleramt die Conferenz der Delegirten der deutschen Eisenbahnen unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichseisenbahnamts Maybach. Einige fünfzig Directionen werden Vertreter entsenden. Sämmtliche Bundesstaaten haben die angebahnte einheitliche Ordnung und Leitung des Eisenbahnwesens, wie sie jetzt hervortritt, mit großer Theilnahme begrüßt; auch Baiern, welches durch seine Reservatrechte außerhalb der Organisation steht, hat Delegirte zur Informirung bezw. zum Anschluß an die Vereinbarungen hergesandt. Die Verhandlungen werden mehrere Tage dauern. In immer weiterem Umfang wird übrigens das Publikum Vortheil von der Fürsorge des Reichseisenbahnamts ziehen, welches mit mehreren praktischen Plänen umgeht. Dahin gehört die Begründung einer Centralstelle für Entgegennahme von Beschwerden des Publikums, und — was besonders dankenswerth erschiene, — die Einrichtung eines allgemeinen Auskunftsbureaus für und über Alles, was auf den Eisenbahnverkehr Bezug hat, also: Ankunft- und Abgangszeit der Züge, nächste Züge zwischen zwei Zielpunkten, Extrazüge, Preise 2c. Endlich geht man damit um — zunächst für Local- und Extrazüge — Fahrbilletverkaufsstellen an verschiedenen Orten der großen Städte einzurichten, um das lästige Gedränge kurz vor der Abfahrt an den Schaltern der Bahnhöfe zu beseitigen.

Berlin, 2. Septbr. [Provinziallandtag für Elsaß-Lothringen. — Enquête für das Reichsversicherungs-Gesetz. — Provinzialordnung. — Zur Tabaksteuerfrage. — Deutsche und österreichische Geschütze.] Aus dem Elsaß ist von Mitgliedern dortiger Bezirkstage die vertrauliche Anfrage hierher gelangt, welche Aufnahme eine Deputation aus ihrer Mitte im Reichskanzleramte zu gewärtigen hätte, welche die bekannte Resolution der Bezirkstage, betreffend die Einführung einer Provinzialverfassung in den Reichslanden nach Muster deutscher Ständeversammlungen, persönlich zu befürworten gedenke. Es ist nicht zu unserer Kenntniß gelangt, ob und welche Antwort hierauf erfolgte. Im Bundesrathe dürfte man nach unseren Informationen kaum geneigt sein, auf den Wunsch der elsässisch-lothringischen Bezirkstage einzugehen, hingegen neigt man sich seitens hiesiger Reichstags-Abgeordneter der von der Presse ventilirten Idee zu, den elsaß-lothringischen Bezirkstagen die Wahl ihrer Landtagsmitglieder zu gewähren, oder ihre Ernennung durch kaiserliche Ordre erfolgen zu lassen. Letzteres würde das Maß der geforderten Concessionen erheblich verringern und im Reichstage zu lebhaften Debatten führen. Wie wir hören, wird der Gegenstand in den liberalen Fractionen des Reichstages zur Sprache gelangen, und wahrscheinlich wird eine derselben die Initiative zur Einbringung eines bezüglichen Gesetzentwurfes ergreifen, falls die Reichsregierung nicht selbst in dieser Angelegenheit vorgeht. — Von zuständiger Seite

hören wir den Wunsch aussprechen, daß über die Vorabeiten zum Reichsversicherungsgesetze mehr Details in die Oeffentlichkeit gelangen möchten, als bisher geschehen. Die Betheiligten hegen nämlich die Besorgniß, daß sich einseitige Einflüsse geltend machen können und verlangen die Einberufung einer Enquete, wie dies in Oesterreich gelegentlich der Ausarbeitung des Versicherungsgesetzentwurfes der Fall war. Dem Vernehmen nach wird demnächst eine Anregung zum Zusammentritt von Delegirten der bedeutendsten Versicherungs-Gesellschaften erfolgen, damit man sich über die hauptsächlichsten Grundlagen eines Reichsversicherungsgesetzes einige und beim Reichskanzleramte eine Enquete aus Sachverständigen beantrage. — Der Entwurf der Provinzial-Ordnung, welcher bekanntlich dem Landtage in der letzten Session vorgelegt wurde und nicht zur Berathung gelangte, ist im Augenblicke Gegenstand eingehender Erörterungen zwischen Berliner Landtagsmitgliedern und ihren Collegen in der Provinz. Man legt dem Gesetzentwurfe eine eben so hohe Bedeutung bei, wie der Kreisordnung und wünscht, das Interesse für diese wichtige legislatorische Aufgabe allseitig zu erwecken. Es werden zu diesem Behufe binnen Kurzem publicistische Arbeiten hervorragender Abgeordneter erscheinen, welche sich mit dem Gegenstande eingehend beschäftigen. Wie wir hören, wird es dabei nicht an Auffassungen fehlen, die von dem Regierungsentwurfe abweichen. — Wie ein hiesiges Blatt kürzlich meldete, wird Herr v. Kardorff demnächst wieder mit einer Broschüre zu Gunsten des Tabaksmonopols zu Felde ziehen. Es scheint, daß auch diesmal die gesammte Partei, der er angehört, ihn dabei unterstützen wird; daneben dürften aber auch die Gegner der Tabakssteuer wie des Tabaksmonopols nicht schwächer geworden sein, und somit ist der Kampf muthmaßlich der nämliche, wie früher. Nicht zu übersehen ist es jedoch, daß auch die Regierung in Betreff der Tabaksverhältnisse in den Reichslanden zwar noch keinen bestimmten Entschluß gefaßt hat, daß sie aber keineswegs gewillt ist, das Monopol ihrerseits fortzuführen: ein Umstand, der gegen den Antrag Kardorff (denn ein solcher steckt doch gewiß im Hintergrunde) sich richten würde. — Privatmittheilungen aus Wien melden, daß die österreichische Regierung in Folge des fatalen Ergebnisses des Probeschießens bei Wiener-Neustadt mit österreichischen Bronce- und Krupp'schen Gußstahlgeschützen eine Anzahl militärischer Agenten nach den Kanonengießereien Deutschlands, Belgiens rc. gesandt hat, um Bestellungen in größerem Maßstabe zur Lieferung von Gußstahlgeschützen zu ertheilen. Wie indessen verlautet, sind die Geschützgießereien mit früheren Ordres dermaßen überhäuft, daß vor Ablauf von 10 Jahren das geforderte Geschützmaterial nicht geliefert werden könnte.

** **Berlin**, 2. Septbr. [Die Schließung des deutschen Schuhmacher-Vereins.] Der Beschluß der Rathskammer des hiesigen Stadtgerichts, betreffend die Schließung des allgemeinen deutschen Schuhmacher-Vereins, als politischen Vereins, welche vor einigen Tagen durch das hiesige Polizei-Präsidium erfolgt ist, beruht, wie ich höre, auf folgenden Erwägungen: Es habe sich nach den bisher in der Sache erfolgten Erhebungen herausgestellt, daß der hierselbst gestiftete und bestehende sogenannte Allgem. deutsche Schuhmacher-Verein einen Verein bilde, der unter dem Deckmantel seines statutarisch hingestellten Zweckes, die materiellen Interessen der Mitglieder gegenüber der Großproduction zu wahren und zu schützen, und unter der erkennbaren Beeinflussung des bereits als politischer Verein geschlossenen Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, politische resp. socialdemokratische Ziele verfolge, in innigem Anschluß an die Agitationen der socialdemokratischen Actionspartei sich befinde und seine ganze sich äußernde Thätigkeit überhaupt in socialdemokratischen Parteibestrebungen aufgehe. Der Allgemeine deutsche Schuhmacher-Verein sei sonach als politischer Verein zu behandeln und nach § 8 des preußischen Vereinsgesetzes rechtlich zu beurtheilen. Die amtlichen Erhebungen haben ferner ergeben, daß dieser als politischer Verein zu behandelnde Verein mit anderen Vereinen gleicher Art durch gegenseitigen Schriftwechsel und in sonstiger Weise in Verbindung getreten sei und namentlich durch die geistigen Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, und zur Zeit der Wahlen durch dessen Wahlagitations-Comite, Leitung im Sinne eines gemeinsamen politischen Wirkens erhalten habe. — Bald nach Schließung des Schuhmacher-Vereins forderte der Vorstand desselben die bisherigen Vereins-Mitglieder öffentlich auf, in öffentlichen Versammlungen ihre Vereinsbestrebungen fortzusetzen. In Folge dieser Aufforderung hat dem Vernehmen nach das hiesige Polizei-Präsidium seine Executiv-Beamten instruirt, gleichwie in Beziehung auf den geschlossenen Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein, auch in Beziehung auf den zuletzt geschlossenen Schuhmacher-Verein Sorge zu tragen, daß die Auflösung einer öffentlichen oder geschlossenen Versammlung zu erfolgen habe, sobald aus den vorliegenden Umständen mit Sicherheit zu entnehmen sei, daß dieselbe die Bestrebungen des geschlossenen Vereins fortzusetzen bezwecke.

[Der Bischof v. d. Marwitz] hat an die Geistlichen seiner Diöcese ein Rundschreiben erlassen mit Weisungen, wie die Katholiken sich gegenüber dem mit dem 1. October d. J. ins Leben tretenden Gesetze über die Civilehe u. s. w. zu verhalten haben. In dem qu. Rundschreiben heißt, dem Graudenzer „Ges." zufolge, es u. A.: „Personen, welche in den Ehestand treten wollen und demnach ihre Erklärung dem Civilstandsbeamten abgegeben haben, dürfen sich noch nicht als Mann und Frau betrachten, sondern nur als Verlobte. Sie dürfen sich auch nur so aufführen, wie es nach bisherigen kirchlichen Vorschriften den Verlobten gebührt, und müssen sich eiligst um die Trauung durch ihren Pfarrer bemühen. Diejenigen, welche sich mit der bloßen Civilehe begnügen sollten, würden von der Theilnahme an den Sacramenten bis zum kirchlichen Trauacte ausgeschlossen werden. Es sollen demnach auch die Ehestands-Candidaten vor dem Gange zum Standesbeamten sich bei ihren rechtmäßigen Pfarrern vergewissern, ob ihrer beabsichtigten Ehe keine kirchlichen Hindernisse entgegenstehen. Die Pfarrer sollen nach wie vor über sämmtliche Taufen, Trauungen und Begräbnisse ein Journal führen." — Der Herr Bischof hat in diesem Rundschreiben den Geistlichen eine Anweisung gegeben, wie man ein Gesetz hinten herum auf Schleichwegen zu umgehen versuchen soll. Die Geistlichen werden aufgefordert, denen, welche sich verheirathen wollen, zu sagen, daß sie durch den Civilact noch nicht Mann und Frau geworden sind, sondern sich nur als „Verlobte zu betrachten haben." Die Geistlichen werden ferner aufgefordert, Eheleute, welche sich mit der Civilehe begnügen, von der Theilnahme an den Sacramenten auszuschließen, d. h. sie mit kirchlichen Strafen zu belegen für ein vollkommen loyales Verhalten. Endlich soll der legale Charakter der Civilehe bei den Betheiligten dadurch in Zweifel gebracht werden, daß man sie anweist, sich vorber bei dem Geistlichen zu erkundigen, ob der nichts gegen die Ehe einzuwenden hat. Die Jesuiten sind vertrieben, aber der Jesuitismus treibt, wie das Hirtenschreiben des Hrn. v. d. Marwitz beweiset, noch immer bei uns seine Blüthen.

Kiel, 1. September. [Berichtigung.] Die „Kieler Ztg." bringt folgende Berichtigung: Wie wir aus guter Quelle erfahren, gehört das von dem „Schleswiger Wochenblatt" referirte „Beispiel dänischer Unduldsamkeit", welche dem Bürgermeister a. D. J. Bremer die Uebersiedelung nach Jütland verweigert haben sollte, in das Reich der Fabeln!

Crefeld, 29. August. [Freiherr Felix von Loë] hat an den hiesigen königlichen Landrath Devens als Antwort auf eine Einladung zum 2. September folgendes Schreiben gerichtet:

„Ew. Hochwohlgeboren hatten die Güte, mich zu der am 2. September c. Nachmittags 5 Uhr, an dem Obelisken im Thiergarten bei Cleve stattfindenden Enthüllungsfeier der von den Kreisständen dem Andenken der im Kampfe gegen Frankreich gefallenen Krieger gewidmeten Votivtafel, welchem Enthüllungsacte ein Kriegerfest und Festsouper folgen werde, einzuladen. Ich irre wohl nicht, wenn ich in dem zu dieser Feier angesetzten Tage, dem 2. September, sowie in dem Kriegerfeste und Festsouper die Feier des Sedantages als Zweck erblicke. Ich beehre mich zunächst meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Unter anderen Umständen würde es mir zur Freude gereichen, einer Feier beizuwohnen, welche dazu bestimmt ist, daß Andenken unserer im Kampfe für das Vaterland gefallenen Brüder zu ehren. Den jetzigen Augenblick aber, in dem unser Vaterland durch innere Kämpfe zerrissen ist und die katholische Kirche schwer leidet, halte ich zur Feier patriotischer Feste, welche heutzutage häufig zu Parteizwecken ausgebeutet werden, um so weniger geeignet, als wir Katholiken durch die Erinnerung an jene Zeit, in der der letzte Krieg durch die Einigkeit aller Deutschen siegreich beendigt wurde, zugleich an den Zeitpunkt schmerzlich erinnert werden, mit dem der innere Zweispalt seinen äußerlich sichtbaren Anfang nahm. Dies ist der Grund, der mich abhält, der ehrenvollen Einladung Folge zu leisten, welche Ew mir zugehen ließen. Genehmigen Ew. Hochw. den Ausdruck rc. Terporten, den 23. August 1874."

Trier, 30. August. [In der letzten Sitzung des hiesigen Polizeigerichtes] wurde Herr General-Vicar Dr. de Lorenzi wegen Nichtanmeldung der Beherbergung des Bischofs von Eichstädt zu einer Geldstrafe von 10 Sgr. verurtheilt!

Frankfurt a. M., 30. August. [Verurtheilung.] Ein Preßproceß gegen die „Frankf. Zeitung" wurde diese Woche vor der Appellationsinstanz verhandelt. In ihrer Nummer 54 brachte dieselbe einen Artikel, worin geklagt wurde über ungleichmäßige Heranziehung zur Wetzlarer Gemeindesteuer, namentlich daß die Wetzlarer Rabbiner und jüdischen Lehrer mit einem anderen Maß als die christlichen Lehrer gemessen wurden. Ferner war in dem Artikel der Wetzlarer Bürgermeister „als allgewaltiger Bürgermeister" bezeichnet worden. Dieser war es auch, welcher Klage bei der Staatsanwaltschaft erhob; diese klagte gegen den verantwortlichen Redacteur E. Sak. In der ersten Instanz wurde derselbe freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte beim Appellationsgericht Berufung ein und bei der Verhandlung wurde vom Oberstaatsanwalt ausgeführt, daß der Artikel eine Beleidigung enthalte. Nicht wie der erste Richter annahm, sei der incriminirte Satz ein allgemeines Raisonnement, sondern die Worte wurden dem Bürgermeister direct in den Mund gelegt und ihm Parteilichkeit vorgeworfen, wie das auch in den Worten „allgewaltiger Bürgermeister" liege. Es wurde vier Wochen Gefängniß beantragt mit Rücksicht auf die Vorstrafe des Angeklagten. — Der Vertheidiger wies zuerst auf das Unbillige der steten Recurrirung auf die Vorstrafen hin. Diese stamme aus der Conflictszeit, für welche die Regierung selbst Indemnität nachgesucht habe. Das Wort: „allgewaltiger Bürgermeister" sei keine Beleidigung, sondern eine Ironie. Das Wort „ungerecht" in dem Artikel sei im gegebenen Falle nichts anderes als „ungleich". Das Appellationsgericht verurtheilte den Redacteur zu vierzehn Tagen Gefängniß im Hinblick auf die Vorstrafen, und motivirte das Urtheil dahin: es könne keinem Zweifel unterliegen, daß dem Bürgermeister in dem Artikel der Vorwurf gemacht werde, daß er zu einer humanen Handhabung des Gesetzes nicht im Stande sei, ja er setze sich in seiner Allgewalt über das Gesetz hinaus; eine Behauptung, die geeignet sei, den Bürgermeister verächtlich zu machen.

Wiesbaden, 31. August. [Ausweisungen.] Der „Rh. K." meldet: Zwei im Hotel „Rheinstein" wohnende ausländische Geistliche sind, angeblich wegen staatsfeindlicher Agitationen, ausgewiesen worden, der Eine vorige Woche, der Andere heut. Dieselben hatten sich allerdings hier in öffentlichen Localen durch ihre Reden verschiedentlich auffällig gemacht.

Mainz, 31. August. [Bittamt.] Gestern wurde im Dom durch den Domcaplan verkündet: „Den Mittwoch (Sedan-Tag) um 7 Uhr des Morgens wird ein Bittamt nebst Predigt zur Herstellung des Friedens gehalten."

Straßburg, 31. August. [Der Aufenthalt des Cardinal-Erzbischofs von Rouen,] Hrn. v. Bonnechose, ist, dem Aeußern nach zu urtheilen, durchaus unverfänglicher Natur. Wenigstens hat man bis jetzt noch nicht gehört, daß Se. Eminenz sich hier mit Politik beschäftigt. Indessen, man kann nicht wissen . . . Wie ein hiesiges Blatt meldet, hat Hr. Bonnechose dem benachbarten Städtchen Molsheim, woselbst er im Jahre 1835 als Lehrer am früheren Jesuiten-Collegium wirkte, sowie dem Reichsboten Pfarrer Philippi einen flüchtigen Besuch abgestattet und sich darauf nach Lützelhausen zur Vollziehung einer Trauung begeben. Ueber den Tag der Rückkehr nach Frankreich verlautet noch nichts Bestimmtes.

Oesterreich.

*** **Wien**, 31. August. [Der Gmundener Parteitag. — Clericale Gegenschachzüge. — Die Haltung Stremayr's und der Regierung. — Fiasco der czechischen Propaganda.] Der gestrige oberösterreichische Parteitag in Gmunden hat einen recht erfreulichen Verlauf genommen, namentlich insofern, als unter den 400 Theilnehmern sich, trotz aller Abmachungen des Klerus, auch zahlreiche Bauern des Gmundener Bezirkes befanden. Der greise Wiser, Vorkämpfer der Freiheit seit 1848 und nach langjähriger Wirksamkeit im Landtag und Reichsrath noch heute Bürgermeister von Linz, führte das Präsidium. Die erste Resolution, welche dem Ministerium das fortdauernde Vertrauen der Verfassungspartei votirt, ward mit allen Stimmen gegen Eine; die zweite, welche auf strenge Durchführung der Maigesetze und auf Einführung der Civilehe, kurz auf Bekämpfung der Alliirten von der schwarzen und der rothen Internationale mit allen Machtmitteln drang, ward einstimmig angenommen. Ohne Debatte ward Resolution 3 votirt, welche das Geschrei nach Staatshilfe tadelt und Hebung der Volksbildung, die zur ehrlichen Arbeit zurückführt, als einziges Heilmittel gegen die Gründerei empfiehlt. Desgleichen wurde Punkt 4 gebilligt, über Vereinfachung der politischen Administration, in der bisher die Statthaltereien und Landesausschüsse ohne scharf abgegrenzte Competenz durcheinander arbeiten und eine communale Bureaukratie an dem, ihr übertragenen staatlichen Wirkungskreise großgezogen wird und gleichzeitig zu Grunde geht. Punkt 5 über Hebung des Schulwesens und Verbesserung der Lage der Lehrer ward acceptirt mit dem Zusatze, den Religionsunterricht ganz und gar der Familie und der Kirche zu überweisen. Leider ward auch Punkt 6 angenommen, der eine Einmischung in die ungarischen Angelegenheiten zu Gunsten der Siebenbürger Sachsen fordert. Solche Resolutionen ohne thatsächlichen Nachdruck sind nur geeignet, den Uebermuth und Chauvinismus der Magyaren noch zu steigern. Uebrigens sind die Clericalen auf einen komischen Gegenschachzug verfallen: sie colportiren auf dem Lande von Haus zu Haus Adressen zur Unterschrift, die sich zu Massen-Deputationen an den Kaiser um Abschaffung der directen Reichsraths-

---

Stadt-Theater.

(Rosenmüller und Finke.)

Die erste Lustspielaufführung im Stadttheater war ebenfalls von gutem Erfolge begleitet. Die waltende Hand einer tüchtigen Regie ist in beiden Aufführungen ziemlich deutlich hervorgetreten und wenn sie nicht erschlafft, so darf man wohl mit Zuversicht den Dingen entgegensehen, die da kommen werden. Zwei Hauptmomente, auf die, namentlich im Schauspiel, die Regie ihr Augenmerk zu richten haben wird, sind ein frisches und lebhaftes Tempo der Darstellung, das keinen Augenblick schleppend oder matt werden darf, und die Einordnung der einzelnen Kräfte in das Ensemble.

In der Vorstellung von „Rosenmüller und Finke" hätte das Tempo bisweilen wohl etwas rascher sein mögen, indeß liegt dies wohl hauptsächlich in dem bereits erwähnten Umstande, daß die Mitspielenden einander meist noch fremd sind.

Daß trotzdem die Vorstellung, namentlich in den entscheidenden größeren Scenen recht hübsch zusammenging, ist um so anerkennenswerther.

Die Hauptrolle des Stückes ist der Großkaufmann „Christian Timotheus Bloom", den Herr Anno spielte, über den nach der Darstellung einer so bedeutenden Partie nun wohl ein Urtheil mit Recht gefällt werden kann. In jedem Falle und von jedem Gesichtspunkte aus wird dieses ein entschieden günstiges sein. Herr Anno ist ein Charakterkomiker von nicht gewöhnlicher Begabung, der den alten Handelsherrn sehr fein und treu charakterisirte, indem er sich von jeder Uebertreibung fern hielt und nur durch die besten und erlaubten Mittel der Kunst wirkte. Seine Darstellung war um so interessanter, als die Auffassung der Rolle eine ganz eigenartige und meist geistvolle war, die von der üblichen fast durchgängig abwich. Man darf nun wohl auf das erste Auftreten des Herrn Anno in einer durchaus komischen Possenrolle gespannt sein.

Eine interessante Parallele bieten die beiden Damenrollen des trefflichen alten Stückes, die „Rosamunde von Kronau," welche Frl. Ulrich und die „Ulrike," die Frl. Meißner vom Stadtheater in Königsberg spielte. Frl. Ulrich ist aus der vorigen Saison vortheilhaft bekannt, sie hat ein hübsches Talent für die Darstellung kleiner munterer Dämchen, die nicht mehr allzu naiv sind, etwa solcher, die der Ia. einer höheren Töchterschule angehören. In diesem Rayon ist Frl. Ulrich zu Hause und das fühlt man sofort aus der Frische und Lebhaftigkeit ihres Spiels in solchen Rollen heraus. Was aber darüber hinausgeht, liegt der Eigenart der Dame ziemlich ferne, so auch die Rosamunde von Kronau, die ja schon fast eine Salondame ist und die auch demgemäß repräsentirt werden muß. Frl. Ulrich wird außerdem gut daran thun, die Sprödigkeit ihres Organs durch fleißiges Studium energisch zu bekämpfen. Auch Frl. Meißner hat ein nicht zu unterschätzendes Talent, aber ebenfalls von enger Begrenzung, das der sorgsamen Pflege bedarf, um sich zu entwickeln. Sie spielte die „Ulrike" recht niedlich und verständig, aber nicht ohne eine gewisse Monotonie, vor der sich Frl. Meißner sehr wird hüten müssen und die mich fast auf die Vermuthung führt, daß die talentvolle Künstlerin vielleicht für die Darstellung sentimentaler Rollen sich eher als für die munterer oder durchaus naiver eignen dürfte.

Den beiden Damen stehen als Partner „Gustav Theodor Bloom" und „Carl Theodor Bloom" gegenüber. Die beiden Rollen wurden von den Herren Tomann und Knorr ansprechend repräsentirt und gespielt. Herr Knorr hat vielleicht, um sich als Kaufmann von echtem Schrot und Korn zu documentiren, des Guten etwas zu viel gethan.

Die heiterste Episodenrolle des Stückes, den „Hillermann", gab Herr Will. Die Individualität dieses Komikers ist für diese Rolle passend, die Maske war auch sehr gut gewählt, die Darstellung war jedoch keineswegs dem Styl eines feineren Lustspiels angemessen, sondern oft possenhaft outrirt. Herr Will muß durchaus in einer natürlichen, nicht übertriebenen Darstellung seiner Rollen ein Correctiv suchen gegen die Ausschreitungen seines kalauernden Dämons.

Von den anderen Rollen war außer der nervösen Wirthschafterin „Beatrix", die Frau Göthe und den beiden Chargen des Majors und des Hauptmanns der Nationalgarde, die die Herren Prawit und Ney sehr humoristisch spielten, keine besonders erwähnenswerth.

G. K.

Stadt-Theater.

(Sedanfeier.)

Angesichts der mannigfachen Vergnügungen am Gedächtnißtage von Sedan war der Besuch des Stadttheaters ein wider Erwarten erfreulicher zu nennen. Die von dem Heere musikalischer Festprologe auch noch nicht annähernd erreichte Jubel-Ouverture C. M. v. Weber's leitete den Abend ein. Ihr folgte, um der tiefernsten Bedeutung der Feier Ausdruck zu geben, ein politisches Schauspiel: „Am Tage von Sedan" von Gustav Gerstel, welches nur mäßigen Erfolg hatte, während Lortzing's viel und stets gern gehörter „Waffenschmied" den trüben Erinnerungsmomenten eine herzliche Festesfreude substituirte.

Die Aufführung dieser Oper war für einen Theil des Publikums noch insofern von besonderem Interesse, als in der Partie des Grafen „Liebenau" der Sohn unseres geschätzten Mitbürgers und verdienstvollen Künstlers Herrn Meinhold seine Primiz feierte. Er inmitten des Trifolii: Weber-Kukula, Prawit, Rieger, mit welchem der Vater des Debütanten Jahre lang an der hiesigen Bühne erfolgreich gewirkt hatte! Möchte der angehende Kunstjünger von dem nämlichen Ernst und derselben Begeisterung für den erwählten Beruf erfüllt sein, wie es sein trefflicher Vater war, damit er, diesem gleich, einst eine ehrenvolle Erinnerung an seine künstlerische Laufbahn vom Schauplatz der Oeffentlichkeit ins Privatleben hinübernehmen kann! Weiterer Lehren bedarf es hier nicht, sie werden ihm aus dem Born der reichen Erfahrung seines Vaters unmittelbarer zufließen.

Was er an diesem ersten Abend bot, ließ manches Gute für die Zukunft erwarten. Sein specifisch lyrischer, wohllautender Baryton ist in der Schule unseres früheren Kapellmeisters Müller sorgfältig und dabei mit nöthiger Schonung erzogen worden. Ein öfteres Singen auf der Scene wird ihn jedoch überzeugen, daß er sich vor Allem des klangreichen Tragens und Ausbreitens des Tones befleißigen muß, um über ein auch nur mäßig mitredendes Orchester zu dominiren. Demnächst wird das Spiel, vorzugsweise aber der Vortrag mit mehr Temperament zu behandeln sein, dessen bescheidenes Maß uns nicht gerade als eine Folge von Befangenheit erscheinen wollte. Im Uebrigen saß der musikalische Theil sicher und erntete der Debütant für die hübsche Wiedergabe der Favoritstellen des I. Finales, sowie des Duetts lebhaften, aufmunternden Beifall.

Die Leistung des Fräulein v. Wiewiorowska zeigte deutlich, daß die „Eudoxia" nur ein Gefälligkeitsaccept war, daß sie den mit der Partie der „Marie" übernommenen Verpflichtungen sehr viel müheloser und erschöpfender nachzukommen vermochte. Ihr Spiel war gefällig, wenn es sich auch nicht ganz frei hielt von einer gewissen Geziertheit, die der Naivität dieses schlichten Mädchens fern liegen soll. So wünschten wir z. B. die sonst musikalisch von ihr geschmackvoll behandelte und am besten ausgearbeitete Arie in viel einfacherem Colorit gehalten. Wer hier etwa durch Einfachheit — farblos zu werden befürchtet, verkennt diese beiden grundverschiedenen Begriffe. — Etwas Aehnliches gilt von unserem neuen Tenorbuffo Herrn Schmidt, welcher den derben „Georg" zwar mit angenehm frischer Stimme sang, aber zu cavalièrement darstellte.

Dagegen gab Frl. Weber in der „Irmentraut" eine längst gewürdigte Prachtleistung, wie sie nicht besser an einem ersten Hoftheater

wahlen gestalten sollen. — Gleichzeitig hat zu Krems in Niederösterreich eine Volksversammlung stattgefunden, welche dem deutschen Kaiser in dem Culturkampfe gegen Rom die vollen Sympathien der Deutsch-Oesterreicher entgegenbringt und bei uns die gleiche strenge Durchführung der Gesetze gegen die Ultramontanen fordert. Allerdings wird Stremayr vom „Vaterland" denuncirt, daß er selbst die ärgsten und notorischsten Agitatoren, denen die Statthaltereien die Bestätigung als Geistlichen versagen, ruhig unter Aufhebung der Statthalterei-Entscheidungen durch die Bischöfe anstellen lasse. Gewiß ist nun, daß der Minister sich herzlich schwach in der Durchführung der Maigesetze erweist . . . indessen die Notiz in dem feudal-clericalen Blatte sieht denn doch ganz so aus, als gelte es, den Minister mit seiner Partei zu verhetzen. Hat doch die Regierung gerade jetzt ein Katholiken-Meeting, das die Fürsten Lobkowitz und Schwarzenberg im Verein mit altczechischen Parteihäuptern nach Vodnian einberufen, kurzweg verboten. Natürlich war das eine, auf die Kaiserreise berechnete Demonstration in kirchlichem Gewande; und mit diesen Kundgebungen haben die Czechen auch sonst Unglück. Die Muster-Adresse, die Rieger an die Gemeinden zur Subscription versendet hat, ist ihm gerade auf der Route Prag-Pilsen, die der Kaiser nimmt, überall zurückgewiesen worden. Bisher hat nur der Stadtrath von Pardubitz das Formular acceptirt: daß dieselbe aber bei dem Anlasse in die Oeffentlichkeit gedrungen, macht das Fiasko nur vollständiger. Der Sottise, daß die Fundamental-Artikel das „einzige Mittel" seien, um „allen Völkern der Monarchie den Frieden wiederzugeben" — schließt sich die in Loyalitätsphrasen verhüllte Drohung an: Se. Majestät werde sicherlich die Aufforderung „nicht überhören", in die Wege des Hohenwart'schen September-Rescriptes einzulenken! Der Frieden, den die Aufhebung der Verfassung, zunächst für Böhmen, allen Stämmen der Monarchie brachte und dessen erste Frucht der blutige Aufstand der Rokowika war, lebt wohl noch zu frisch in Aller Angedenken, als daß derartige Alfanzereien Rieger's der Verfassungspartei mehr denn ein herzliches Lachen entlocken könnten!

Wien, 1. September. [Zur Feldgeschützfrage.] Die „Pr." erfährt, daß die Kriegsverwaltung in dieser Angelegenheit endlich zu einem positiven Entschluß gelangte und die Annahme des letzthin auf dem Steinfelde producirten Geschützmodells Allerhöchstenorts befürworten wird. Was die Beschaffungs-Modalitäten anbelangt, so ist bis jetzt kein Antrag gestellt worden und es wird jedenfalls einer späteren Zeit vorbehalten bleiben müssen, den finanziellen Theil dieser Frage zur Austragung zu bringen. Bis dahin dürfte wohl auch darüber Klarheit werden, ob und welche inländischen Industriellen sich an der eventuellen Erzeugung der neuen Geschütze zu betheiligen im Stande sind.

Wien, 2. September. [Postdiebstahl.] Heute Nachts wurde die hiesige Postdirection bestohlen. Aus einem der sogenannten beiden Speditionsbureaux wurden nicht weniger als 1596 recommandirte Briefe entwendet.

Graz, 31. August. [Fürstbischof Zwerger und die Staatssubvention für den Clerus.] Fürstbischof Zwerger in Graz hat sich veranlaßt gefunden, durch sein Organ, das Grazer Volksblättchen, den Clerus seiner Diöcese vor der Annahme der Staatssubvention zu warnen. Herrn Fürstbischof Zwerger ficht es wenig an, daß er von einer reichdotirten Pfründe zehrt, während der größere Theil der Seelsorger seines Bisthums mit schmaler Kost sich begnügen oder gar Entbehrungen erleiden muß. „Die Priesterwürde und die Kirchentreue" verlangen es, daß der niedere Clerus die Gabe des Staates verschmähe, so läßt Dr. Zwerger durch sein Organ verkünden und gleichzeitig versichern, er werde wie im Vorjahre Meßstipendien, jedes von fünfzig Gulden, an bedürftige Priester vertheilen. Mit dieser winzigen Gabe, läßt sich Fürstbischof Zwerger weiter vernehmen, werde mehr Segen Gottes verbunden sein, als mit einer drei- oder viermal größeren Summe aus der Staatssubvention. Ob diese kirchenfürstliche Anweisung auf den „Segen Gottes" bald honorirt werden dürfte, darüber sind wir nicht unterrichtet, dem Clerus jedoch wird die reelle Einhändigung größerer Beträge durch den Staat zur Aufbesserung seiner Lage jedenfalls lieber sein als die Verheißung des Fürstbischofs, die in der kirchlichen Theorie ihre schöne Seite haben mag, aber im practischen Leben nicht an Zahlungsstatt angenommen werden kann. Es verlautet daher auch, daß sich heuer bedeutend mehr Geistliche aus der Seckauer Diöcese um die Subvention beworben werden, wie im Vorjahre. Diese Meldung klingt glaubwürdig; die betreffenden Priester verstoßen damit in keiner Weise gegen die kirchlichen Satzungen, nachdem der Staat die Unterstützung an berücksichtigungswerthe Seelsorger bedingungslos vertheilt. (Pr.)

Pest, 31. August. [Bischof Pankovics †.] Die ungarische Regierung hat einen schwer ersetzbaren Verlust erlitten. Bischof Pankovics in Unghvar ist vor zwei Tagen eines plötzlichen Todes gestorben. Derselbe war eine Stütze der magyarischen Partei in Nordungarn und stets auf das eifrigste bestrebt, den Sondergelüsten der Russinen innerhalb der Geistlichkeit und der Bevölkerung seiner Diöcese entgegenzuwirken. Seine Bemühungen blieben denn auch nicht ohne sichtbaren Erfolg. Die Regierung und die Deak-Partei haben alle Ursache, den unerwarteten Tod dieses jungen, talentirten, in seinen religiösen Anschauungen toleranten Bischofs herzlich zu beklagen.

Italien.

Rom, 30. August. [Der Papst und Serrano.] Der Florentiner „Nazione" wird geschrieben: „Es sollte mich nicht wundern, morgen die Behauptung zu hören, daß der heilige Stuhl mit der Anerkennung der Regierung des Marschalls Serrano allen europäischen Mächten zuvorgekommen sei. Und warum? Weil der Papst dieser Tage den außerordentlichen Gesandten empfangen, den Serrano an ihn abgeschickt hat. Der Empfang des Herrn Lorenzana hat also endlich doch stattgefunden, aber ich will gleich hinzusetzen, er hatte nicht den politischen Charakter, den man ihm vielleicht beilegen wird. Die Cardinäle Franchi und Barili, die den carlistischen Einfluß im Vatican muthig bekämpfen, haben eine ganze Woche hindurch unablässig gearbeitet, um dem Herrn Lorenzana die Gnade zu erwirken, als einfacher Katholik (nicht als Gesandter der spanischen Republik) von Pius IX. empfangen zu werden; und mit dem mächtigen Beistande des Cardinals Antonelli ist es ihnen schließlich auch gelungen. Die Audienz dauerte sehr lange, und Herr Lorenzana verließ den Vatican äußerst befriedigt. Er hat dem Papste die traurige Lage Spaniens geschildert und ihm vorgestellt, wie dringend nöthig es sei, den religiösen Geist wieder aufzurichten, und verfehlte natürlich nicht anzudeuten, daß dieses nicht wirksamer geschehen könnte, als indem Se. Heiligkeit die erledigten Bischofsstühle besetzte und einen Repräsentanten seiner hohen Autorität, mit andern Worten, einen Nuntius nach Madrid schickte. Der Papst hat sich natürlich wohl in Acht genommen, bestimmte Versprechungen zu machen, war zwar mit liebevollen Redensarten äußerst freigebig und hatte für Herrn Lorenzana manch schmeichelhaftes Wort, betheuerte aber schließlich, daß der heilige Stuhl in der traurigen Lage, in welcher er sich gegenwärtig befinde, sich selber nicht, geschweige denn Andern helfen könne. Die carlistische Partei im Vatican ist über diesen Empfang des Herrn Lorenzana dennoch äußerst aufgebracht und beschuldigt schon den Cardinal Antonelli, daß er für die Anerkennung der spanischen Republik arbeite."

[Vom Collegium romanum.] Formell ist zwar das bekannte Collegium romanum von der Regierung aufgehoben, in der That aber besteht es, nur in einem anderen Hause fort, und zwar in dem unter österreichischem Schutze stehenden Gebäude des Collegium germanicum und in dem von der amerikanischen Unionsflagge gedeckten amerikanischen Seminare. Dieser Tage wurden dort 20 Doctoren, 10 Licentiaten und 13 Baccalauren der Theologie und 10 Doctoren, 10 Licentiaten und 13 Baccalauren der Philosophie creirt, darunter auch zahlreiche Deutsche.

[Vom Mont-Cenis-Tunnel.] Man schreibt der „A. A. Ztg.": Wir sind in der Lage, eine von dem „Giornale dei Lavori publici" gegebene Nachricht über das Nachgeben des Mauerwerks im Mont-Cenis-Tunnel vervollständigen und berichtigen zu können. Die gemischte Commission, welche vorgestern in Modane zusammengetreten ist, und gestern die Mont-Cenis-Gallerie besucht hat, um das Nachgeben des Mauerwerks zu besichtigen, das sich seit einem Jahr auf der Nordseite herausgestellt hat, besteht italienischer Seits aus dem Vice-Präsidenten des höchsten Raths der öffentlichen Arbeiten, Bavilavi, und den Civil-Genie-Inspectoren Rappaccioli und Pareto, und französischer Seits aus den General-Inspectoren für Chaussee- und Brückenbau, Dröling, Thoyot und Scherer. Der Schaden sei übrigens nicht so bedeutend, wie man Anfangs geglaubt hat, und die Solidität des Tunnels durchaus nicht in Frage gestellt. Die Reparaturkostenfrage wird auf diplomatischem Wege geregelt werden.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 31. August. [Ergänzungswahlen. — Das „Journal des Debats" gegen die Bonapartisten. — Die neue Präfektenliste. — Mac Mahons Reise nach dem Süden. — Zum Schutze der Grenze gegen die Carlisten. — Personalien.] Die politischen Nachrichten verlieren mehr und mehr an Interesse. Seit Mac Mahons Rückkehr aus der Bretagne bilden die bevorstehenden Wahlen die einzige Tagesangelegenheit. Durch die Erfahrungen im Calvados belehrt, scheinen die Republikaner diesmal keine Zeit verlieren zu wollen. Wie bekannt sind vor Schluß der parlamentarischen Ferien und abgesehen von der Wahl in Maine-et-Loire zum Mindesten noch in 6 Departements Ergänzungswahlen für die Nationalversammlung vorzunehmen: im Nord-Departement, der Drome, dem Pais-de-Calais, der Oise und der Seine-et-Oise, endlich den Seealpen (und zwar hier eine Doppelwahl behufs Ersetzung der Herren Piccon und Bergondi). Wie gemeldet hat sich das Gerücht verbreitet, die Regierung werde die Wähler aller dieser Bezirke gleichzeitig auf den ersten Sonntag des October berufen. Obgleich dies Gerücht noch nicht bestätigt worden, beginnt man überall schon Vorbereitungen zu treffen, und im Nord-Departement haben die Republikaner auf Antrieb der 4 Deputirten Testelin, Deregnaucourt, Corne und Marcere bereits den Bürgermeister von Cambrai, Herrn Passy, zu ihrem Canditaten erwählt. Inzwischen ziehen für jetzt natürlich die Vorgänge in Maine-et-Loire zumeist die Aufmerksamkeit auf sich; die Candidatur des Herrn Bruas hat nachgerade vollständig den Charakter einer offiziellen Candidatur angenommen; das Bruas'sche Wahlcomite requirirt ganz offen und ungenirt die Unterstützung der Bürgermeister. Andererseits lassen die Bonapartisten und Republikaner es nicht an Anstrengungen fehlen und die letzteren finden thätigen Beistand in der Pariser Presse, die seit einiger Zeit wieder einen regelrechten Feldzug gegen die Bonapartisten führt. Nur die Legitimisten haben noch keinen Candidaten aufgestellt, und es wäre Schade, wenn sie sich bis zum Ende der Betheiligung an dem Wahlkampf enthielten. Es fehlt nur an ihnen, um die Liste der Parteien zu ergänzen und das Wahltableau vollständig zu machen. Die bisherigen Wahlereignisse nöthigen den „Debats" folgende Bemerkungen ab: „Wir sind nicht von dem Gange der Dinge erbaut; . . . . wir sind eben so tief wie unsere Collegen von der ultrarepublikanischen Presse betrübt darüber, die Bonapartisten verwegener und mächtiger als jemals zu sehen; . . . wir bedauern es, aber wir wundern uns nicht darüber. Das nil admirari der Alten ist zu einer sehr zeitgemäßen Lehre geworden, und wenn die Nationalversammlung, deren erste Handlung darin bestand, das Kaiserreich feierlich in die Acht zu erklären, schließlich selber die Wiederherstellung dieses nämlichen Kaiserreichs unvermeidlich macht, so werden wir uns ebensowenig darüber wundern. Es wäre dies nicht das erste Mal, daß diese Versammlung genau das Gegentheil von dem, was sie thun wollte, thäte, und daß eine Art boshaften und spöttischen Geschickes ihre besten Absichten zum Bösen lenkte." — Die gestern im Amtsblatt erschienene neue Präfecten- und Unterpräfecten-Liste fordert die Kritik der Journale nur in schwachem Maße heraus. Es verräth sich darin keine ausgesprochene Parteitendenz. Einige Bonapartisten und Clericale sind beseitigt, dafür andere befördert worden, sodaß das Gleichgewicht hergestellt ist. Wie schon im Voraus bekannt war, hat der Bonapartist Welche noch keine Präfectur erhalten. — Mac Mahon wird erst am nächsten Sonnabend nach dem Schlosse Forêt abreisen und etwa acht Tage dort dem Waidmannshandwerk obliegen. Er wird sodann zwei Tage in Paris verweilen, ehe er seine Reise nach dem Süden antritt. In Lyon trifft die Präfectur schon Anstalten zu den Festlichkeiten, welche ihm zu Ehren stattfinden sollen. Es heißt, daß bei Gelegenheit dieser Reise der Marschall den Manövern in der Umgegend von Bourges und im Lager von Sathonay beiwohnen werde. — Der „Moniteur" meldet, der General Barry, der Befehlshaber der 32. Infanterie-Division in Perpignan habe den Befehl erhalten, sich nach Bourg-Madame zu begeben, um das französische Gebiet gegen die Grenzverletzungen der Carlisten, welche Puycerda belagern, zu schützen. — Den corsischen Blättern zufolge hat der Prinz Charles Bonaparte eingewilligt, dem Prinzen Jerome Napoleon gegenüber seine Candidatur für den Generalrath von Corsica aufzustellen. — Der neue französische Gesandte in London, Herr de Jarnac, begiebt sich heute auf seinen Posten. — Herrn Schneider geht es besser; die Aerzte beginnen an die Möglichkeit der Genesung zu glauben.

* **Paris**, 31. August. [Eine Tischrede Ferry's.] Herr Jules Ferry, ehemaliges Mitglied der Regierung vom 4. September und Abgeordneter der Vogesen, hat bei einem Bankett des landwirthschaftlichen Preiskampfes von Saint-Die folgende Tischrede gehalten:

Meine Herren! Ich schlage Ihnen einen Toast vor, der gewiß Ihnen wie mir aus dem Herzen gesprochen ist: Auf unsere theueren Abwesenden! Auf unsere geschiedenen Brüder! Auf die losgerissenen Glieder des Vaterlandes! Vielleicht trüben diese Worte die Heiterkeit des Festes, welches die Sonne zu einem so schönen gestaltet hat: aber Sie werden mir darum nicht zürnen. Ist es nicht uns Wasgauern erste Pflicht, uns zu erinnern? Können wir vergessen, daß vor 6 Jahren an diesem Tage das Comitium unserer Gegend in Raon l'Etape zusammentrat und daß damals die Vogesische Familie vollzählig war? Um jene Zeit sah man von der herrlichen Hochebene, auf welcher wir eben unser Fest begingen, so weit das Auge reicht nur Französischen Horizont und hinter dem Walle der Französischen Vogesen bebauten sie in Frieden die Erde Ihrer Väter. Wie anders jetzt. Welch' ein Fall und welches Wehe! Diese Berge, die uns zum Bollwerk dienten, blicken jetzt drohend auf uns herab, der älteste der Gallischen Wipfel, der Donon, ist in den Händen des Fremdlings; Alles erinnert uns hier mit lauter Stimme an die grausame Wirklichkeit, welche ihre Schatten auf die Freude dieses schönen Tages wirft, welche seine Sonne verdunkelt und den ganzen Tag meine Seele bewältigt. Frankreich ist offen! Frankreich offen — welche Lehre liegt für uns in diesen Worten, welches Wehe für Diejenigen, die uns heute fehlen, die vor sechs Jahren hier waren, und uns durch die Eroberung entrissen worden sind. Ein großer Redner der Revolution hat gesagt, man könne das Vaterland nicht an den Schuhsohlen forttragen. Er sagte das von

---

erwartet werden dürfte. Es war in ihrer ganzen Auffassung Nichts gesucht und — das Richtige gefunden. Auch unser Prawit hatte als „Stadinger" seinen bon jour, was wir von den Herren Rieger und Bischoff weniger behaupten möchten. Ueber Herrn Weiß, unter dessen Leitung die Chöre und das für die Spieloper bisweilen nur zu stark accompagnirende Orchester sicher zusammengingen, nach größeren Aufgaben ein Mehreres. S.

Etwas von jener gewissen Nase.

Von Moriz Jókai im „Uestökös".

(Gestehen wir es nur offen, es wird nachgerade doch langweilig, in einemfort von einer Nase so viel Aufhebens zu machen, die am Ende noch immer keine solche monumentale Nase, wie die der schönen Sulamith ist, von welcher der weise König Salamo im „Hohen Liede" singt, daß sie dem Thurme ähnlich sei, welcher gen Damascus blickt; aber trotzdem kann ich diese allerletzte Anecdote über jene gewisse Nase nicht unter den Scheffel bergen, indem ich sie von deren Eigenthümer selbst in Gegenwart von Zeugen gehört habe. Es ist dies daher eine autorisirte Ausgabe.)

Pulszky wohnte in den Vierziger-Jahren in Wien, wo er dort in den diplomatischen Kreisen täglicher Gast war. Obzwar damals noch jung, hatte er dennoch schon dazumal etwas mit Julius Cäsar und Ovid gemein, das Profil nämlich. Schon damals wurde er um dessenwillen so beneidet wie jetzt. Es wurde nämlich behauptet, daß man ihn selbst unter der Maske erkennen würde.

In Folge dessen bot Pulszky eine Wette an, daß er im Stande sei, sich so zu verstellen, daß Niemand ihn erkennen würde. Die Wette wurde angenommen.

Eines Tages wurde von der Gesellschaft, in welcher Pulszky sich bewegte, ein Ausflug nach Baden verabredet. Auch Samuel Josika und der damalige Vicekanzler Graf Apponyi waren von der Partie. Am Abende vor dem zum Ausfluge anberaumten Tage richtete Pulszky ein Entschuldigungsschreiben an Apponyi, vorgebend, daß er in Folge eines plötzlichen Unwohlseins an der Excursion nicht Theil nehmen könne.

In der Früh indessen, eine Stunde vor Ankunft des Trains, der die Vergnügungszügler mit sich führte, fuhr Pulszky zur nächsten Bahnstation, verkleidete sich als vornehmer walachischer Bojar mit mächtig wallendem Barte, langem Schnurrbarte und buschigen Augenbraunen, überzeugt, daß ihn unter dieser Maskerade Niemand erkennen würde.

Nun begann er gravitätisch auf- und abzuspazieren, die ankommende Gesellschaft erwartend.

Während dieser Promenade folgte ihm ein Polizist fortwährend wie sein Schatten. Plötzlich berührte dieser seine Schulter und sprach:

„Belieben Sie auf ein Wort in's Bureau des Polizeicommissärs zu kommen".

Pulszky folgte dieser Aufforderung.

Der Polizeicommissär faßte ihn scharf in's Auge.

„Mein Herr, Sie haben falsches Haar".

„Errathen, mein Herr", sprach Pulszky, seine Perrücke abnehmend, indem er zugleich bemerkte, daß er die Maske blos zum Scherz in Folge einer Wette mit mehreren vornehmen Herren vorgenommen habe.

„Aha! das kann Jeder sagen", erwiderte der Polizeicommissär. „Soeben erhalte ich die Nachricht, daß aus Prag ein Cassier mit der Casse durchgebrannt ist. Laut seiner Personsbeschreibung gleicht Ihre Stirne sehr der seinigen".

„Es ist dies nur eine Ehre für den Dieb".

„Sehen wir weiter", fuhr der Polizeicommissär mit strenger Amtsmiene fort, indem er aus einem Fache den Steckbrief hervornahm. „Wie ich bemerke, ist auch Ihr Bart falsch?"

„Ja wohl", erwiderte Pulszky, seinen Bart ablegend.

„Ganz dessen Kinn", brummte der Commissär. „Am Ende ist auch Ihr Schnurrbart falsch?"

„Schon wieder errathen", sprach Pulszky schmunzelnd und streifte sich den martialischen Schnurrbart von der Lippe ab.

„Auch Ihre Lippen passen vollkommen in die Personsbeschreibung".

Doch nun haperte es ein wenig. Bisher ging Alles gut. Als aber die Reihe an die Nase kam, da schüttelte der Commissär den Kopf, denn er konnte zwischen der Stumpfnase des Flüchtlings und Pulszky's mächtigem Gesichtsvorsprung durchaus keine Aehnlichkeit herausfinden.

„Auch Ihre Nase ist falsch, mein Herr", herrschte ihm der Polizeigewaltige grimmig zu. „Herunter mit ihr!"

„Das werde ich wohl bleiben lassen. Die ist dorthin angewachsen."

Nur ungern ließ er sich den Commissär überzeugen, daß die Nase keine ausgeliehene, sondern ein merkliches Autochthon und ergänzender Bestandtheil eines nicht zu confiscirenden Gesichts sei und war über diese Entdeckung sehr betrübt.

Doch immerhin bleibt die Geschichte sehr verdächtig und ist es für einen Polizei-Commissär eine kitzliche Aufgabe, sich aus dem Dilemma herauszufinden. Wie, wenn der Mann vor ihm trotz alledem ein Flüchtling wäre und er ließe ihn frei? Oder im entgegengesetzten Falle, wenn er wirklich seiner Angabe gemäß der Freund vornehmer Herren wäre und man verhaftete ihn? Man sieht, der arme Polizei-Commissär befand sich in einer argen Klemme und konnte sich so oder so auf eine tüchtige Nase gefaßt machen. Endlich schien er einen Ausweg gefunden zu haben, denn mit weit milderem Tone wendete er sich an den Incriminirten und sprach:

„Wir werden den Zug abwarten, und wenn jene vornehmen Herren Sie erkennen, dann können Sie ungehindert gehen."

„Ja, aber dann verliere ich meine Wette."

„Dem kann abgeholfen werden. Sie brauchen sich blos wieder in Ihre frühere Maske zu stecken."

Und so geschah es auch. Pulszky nahm neuerdings seine Verkleidung vor, sogar ein Polizei-Friseur wurde ihm zur Verfügung gestellt, der ihm Bart und Haar ordnete.

Als der Zug ankam, verfügte sich der Polizei-Commissär hinaus, und fragte höflich den Grafen Apponyi, ob er den neben ihm stehenden Herrn kenne?

„Nein," war die Antwort.

Nun wurden auch die Uebrigen der Gesellschaft der Reihe nach gefragt, aber keiner wollte ihn erkennen.

Schon streckte der Commissär den Arm aus, um den Inquisiten beim Kragen zu nehmen und am Fortlaufen zu verhindern, als dieser plötzlich ausrief:

„Auf diese Weise habe ich die Wette gewonnen."

Natürlich, sobald die Freunde Pulszky's dessen Perlhuhnstimme vernommen hatten, riefen sie alle im Chorus: „Pulszky!"

Nun athmete der Polizei-Commissär leichter auf. In seiner Freude nahm er seine Tabaksdose aus der Tasche und bot Pulszky eine Prise an.

„Ich danke, ich schnupfe nicht," sprach dieser.

„Wie, Sie schnupfen nicht? — Jammerschade um eine so prächtige Localität."

(Ich meinerseits gestehe, daß der Abschluß dieser Anekdote nicht vollkommen ist. Wenn ich an der Stelle des Grafen Apponyi gewesen wäre, so hätte ich auch nach der Demaskirung gesagt: „Ich kenne ihn nicht." Damit er wenigstens dafür, daß er die Wette gewonnen, bis zum Abend im Kotter hätte sitzen müssen.)

der Verbannung. Aber was ist die Verbannung im Vergleiche mit der Eroberung? Für den an seinen Boden, von welchem er lebt und den er nicht verlassen kann, geknüpften Ackersmann, kann man sich für den wohl Etwas Härteres denken, als die Eroberung, die ihn wie ein Werkzeug, wie das liebe Vieh aus einer Hand in die andere überträgt? Denn die Eroberung nimmt nicht nur den Boden, sie hat es auch auf die Seelen abgesehen, sie bemächtigt sich der Kinder. .

Vogesische Landwirthe! Was kann ich Euch wünschen, die Ihr uns verblieben seid, was kann ich einer so fleißigen, verständigen und sparsamen Bevölkerung noch wünschen, wie die Eurige. An Arbeit und Ausdauer könnt Ihr Euch nicht mehr überbieten. Wir sehen, was Ihr aus dem Vogesischen Boden gemacht habt. Wir wissen, was er noch vor dreißig Jahren war und was er heute ist. Ihr habt diesen von Natur undankbaren Boden ganz umgewandelt mit Hilfe jenes wunderbaren Werkzeuges des Fortschrittes, welches Ihr der französischen Revolution zu danken habt, mit Hilfe der Theilung des Eigenthums. Aus Granit habt Ihr beinahe einen Garten geschaffen. Ich kann Euch auch nicht mehr Liebe zum Fortschritt, mehr Wißbegierde wünschen. Eure Schulen sind Muster und das Vogesendepartement nimmt in den ruhmvollen Büchern des Volksunterrichts einen der besten Plätze ein Vogesische Landwirthe, ich wünsche Euch Eines, was alles Andere in sich faßt und zur Stunde der Ausbund aller politischen Weisheit, das Geheimniß der Wiedergeburt, das Pfand der Zukunft ist: Ich wünsche Euch, Nichts zu vergessen! Vogesische Landwirthe, vergeßt niemals, was man dem Vaterlande angethan hat! Vergeßt niemals unser Kriegsunglück! Vergeßt namentlich nicht die Ursachen, welche es herbei geführt haben! Vergeßt nie, wie abschüssig, wie trügerisch, wie verhängnißvoll der Weg ist, welcher vom Gipfel des täuschenden Wohlergehens unter der persönlichen Regierung in den Abgrund führt, der sich uns geöffnet hat! Wie es heißt, giebt es jetzt in gewissen Gegenden Frankreichs Leute, welche vergessen können. O, in den Vogesen wird man solche nicht finden! Den Wasgauern ist es verboten, jemals zu vergessen. Wasgauer, wenn Ihr vergessen könntet, die Steine Eurer Heerstraßen, die von dem Fuße des Fremdlings noch warm und beschmutzt sind, würden sich aufrichten und Euch anklagen! Wenn Ihr vergessen könntet, Wasgauer, dann wäre das Schicksal derer, die da fehlen, minder grausam, als das Schicksal Derer, die da geblieben sind; denn Jene wenigstens haben zwar das Vaterland, aber nicht die Ehre verloren! Darum schlage ich Ihnen vor, unser Fest mit diesem Worte der Trauer und der schmerzlichen Erinnerung zu schließen: Auf unsere theuren Abwesenden! Auf unsere geschiedenen Brüder! Auf die vom Vaterlande losgerissenen Glieder!

[Neue Präfecten.] Das officielle Journal bringt eine Reihenfolge von Ernennungen von Präfecten, Subpräfecten, Generalsecretären und Präfecturräthen. Eine politische Bedeutung haben diese Ernennungen nicht. Die Namen der neuerwählten oder versetzten Präfecten sind die folgenden: Herr Vivaux, Präfect der Lozere, tauscht seinen Posten mit dem Präfecten der Dordogne. Herrn Lorois; Herr Raffier-Dufour wechselt die Präfectur des Ain mit des der Var, dessen bisheriger Präfect, Herr Lemercier, in Disponibilität gesetzt wird; Herr Fournier-Sarloveze kommt aus der Creuze in Loire-et-Cher an Stelle des Herrn Diard, der in Disponibilität gesetzt wird; in die Creuze kommt der bisherige Subpräfect von St. Denis, Vicomte Sebastianin, und Herr Esterhazy, bisher Subpräfect von Boulogne, wird Präfect des Ain. Die zur Disposition gestellten beiden Präfecten gelten Herr Lemercier für einen Bonapartisten und Herr Diard für einen eifrigen Clericalen.

[Ein katholischer Streiter.] Wie der „Patriote“ von Angers mittheilt, fand am 20. August in Sables d'Olonne die Eröffnung eines katholischen Arbeitervereins statt. In dieser unter dem Schutze eines Bischofs stehenden Versammlung sprach der bekannte Herr Mun, Hauptmann bei den Dragonern und Agitator für die katholischen Arbeitervereine, folgende Worte:

„Wir sind nicht nur allein Katholiken, wir sind auch Streiter. Aber ich muß Ihnen ohne Zweideutigkeit sagen, was ich unter dem Worte Streiter verstehe: ich will dadurch sagen, daß man zur Besiegung des Feindes, der uns von allen Seiten bedrängt, das Beispiel Ihrer Väter, der Vendeer, befolgen muß, die so muthig während der Revolution kämpften. Zum Kämpfen sind alle Mittel gut, und muß man den Degen aus der Scheide ziehen, so werden wir es thun.“

[Zur Bazaine'schen Sache.] Der „Petit Moniteur“ theilt folgende Einzelheiten über die militärische Untersuchung mit, zu welcher die Flucht Bazaine's Anlaß gegeben: „Die militärische Untersuchung ist beendet. Der General Lewal übersandte seinen Bericht an die Minister des Krieges, des Innern und der Justiz, so wie an den General-Procurator des Appellationshofes von Aix. Dieses Document constatirt die Mitschuld eines Theils des Civilpersonals des Gefängnisses. Aus der vom General Lewal angestellten Untersuchung geht hervor, daß der Ex-Marschall Bazaine sich am 9. August durch ein Wallthor (Poterne) davon machte und sich auf einem Boot einschiffte, welches ihn an Bord eines Dampfschiffes brachte, das in der Nähe des Ufers beigelegt hatte. Diese Entweichung habe Dank der Mithülfe eines Theils des Civilpersonals Statt gefunden, welche der sich in Nichtactivität befindende Oberstlieutenant vom Generalstab, Villete, gewonnen hatte. Eine Schildwache habe gegen ihre Pflicht gehandelt; einem Kerkermeister falle die Hauptschuld bei dieser Thatsache zu. Der Bericht constatirt, daß weder die militairische Besatzung, noch der Militär-Commandant des Forts gegen ihre Pflicht gehandelt. Nachdem die militärische Untersuchung die Mitschuld gewisser Civil-Agenten, den Theil, welchen der Oberst-Lieutenant Vilette, der im Einverständniß mit dem Gefangenen die Gefängnißwärter bestach, an der Entweichung hatte, und das Zuwiderhandeln der von einem der Gefängnißwärter von seiner Pflicht abwendig gemachten Schildwache gegen die Disciplinregeln festgestellt, beantragt dieselbe, daß die angeklagten Agenten und der Oberstlieutenant Villette kraft der Artikel 237, 240 und 242 des Strafgesetzbuches vor dem Assisenhof der Seealpen (Nizza) unter der Anklage gestellt werden, dem Ex-Marschall Bazaine zur Flucht verholfen und diese begünstigt zu haben. Was die Schildwache anbelagt, so wird dieselbe den Gesetzen gemäß vor ein Kriegsgericht gestellt werden.“ — Man wird die öffentliche Untersuchung abwarten müssen, ehe man sich ein Urtheil über diese von „Petit Moniteur“ gemachten Angaben bilden kann.

⊙ **Paris**, 1. September. [Eine Rede des Herrn Michon. — Wahlrundschreiben des Herrn Henri de Luz-Saluces. — Zur Bazaine'schen Sache. — Militärisches. — Napoleon III. und Louis Philipp. — Großfürst Constantin. — Die Vendomesäule.] Die Orleanisten machen einiges Aufheben von einer Rede, welche Herr Michon, der Präfect des Puy-de-Dône, bei einem landwirthschaftlichen Feste in Riom gehalten hat. Herr Michon preist, wie es einem Präfecten ansteht, die Septennatsgewalt Mac Mahons. Er stellte die kühne Behauptung auf, daß die Beifallsrufe, welche das Staatsoberhaupt auf seiner Reise durch die Bretagne geerntet, seiner Gewalt eine höhere Sanction geben, als ein Plebiscit ihr geben könnte. Wenn sonst die Rede etwas Bemerkenswerthes darböte, so wäre es eine kleine Drohung, welche der Präfect an die Bonapartisten richtet. Man muß, sagte er, die Ueberzeugungen und die Anhänglichkeit achten, vorausgesetzt, daß dieselben nicht in verwegene Hoffnungen ausarten; „aber die Regierung kann der Propaganda des Anrufs an das Volk nicht erlauben, den gesetzlichen Ursprung und die unbestrittene Dauer ihrer Vollmacht anzuzweifeln.“ Auf der anderen Seite schreiben die Republikaner ein Rundschreiben des Herrn Henri de Luz-Saluces in ihr Guthaben. Dieser Edelmann, der einer der angesehensten Familien seiner Provinz angehört, war bisher Vicepräsident des Generalraths der Gironde. Er meldet den Wählern, daß er darauf verzichte, bei den Neuwahlen seine Candidatur aufzustellen und fordert sie auf, republikanisch zu wählen. Die Vorgänge der letzten Jahre, sagte er, haben bewiesen, daß Frankreich eine regelmäßige Republik haben wird oder unrettbar der Dictatur verfallen ist. — Der Proceß Bazaine tritt wieder in den Vordergrund. Verschiedene Blätter bringen Auszüge aus dem Bericht des Generals Lewal, der die Ergebnisse der militärischen Untersuchung feststellt. Man erfährt daraus nichts Neues; nur die bekannte Versicherung, daß Bazaine durch eine Pforte des Forts entwichen sei, welche ihm von seinen Mitschuldigen geöffnet worden, und daß er sich auf einem Kahne zu dem in der Nähe wartenden Dampfer begeben habe. Ein Theil des Civilpersonals von Sainte-Marguerite war nach dem Bericht bei der Flucht behilflich; der Oberst Villette hätte die ganze Intrigue ins Werk gesetzt. Von der Garnison wäre nur eine Schildwache betheiligt gewesen. Uebrigens hat, wie man glaubt, der Kriegsminister die von Lewal gewünschte Veröffentlichung des Gesammtberichts verhindert. Die „Correspondence universelle“ kündigt an, daß die Mitschuldigen schon am 9. Sept. vor Gericht erscheinen werden. Die Sache scheint zweifelhaft, denn wenn auch die militärische Untersuchung beendigt ist, so geht die Untersuchung des Parkets von Grasse noch fort, wie aus der Verhaftung des Capitän Doineau zu erkennen. Doineau, so meldet ein Telegramm des „Gaulois“, ist nach einem ersten Verhör freigegeben, aber Tags darauf, auf directen Befehl des Generalprocurators von Aix wieder verhaftet und im Gefängnisse von Grasse eingeschlossen worden. Nach dem Gaulois“ hätte die Haussuchung bei Doineau nichts ergeben. Die Behörde wußte, daß Doineau in regem Briefwechsel mit Bazaine stand; aber da seine Briefe einer sorgfältigen Inspection unterworfen wurden, so ließen sich keine Aufschlüsse von ihnen erwarten. Der Gefangene stellte jede Theilnahme an der Entweichung in Abrede und rechtfertigte seine briefliche Verbindung mit Bazaine durch die Dankbarkeit, welche er von früher her dem Marschall schulde. — Die Einjährig-Freiwilligen der Armee scheinen dem Kriegsministerium Sorgen zu machen. Von jetzt ab sollen die Zulassungsprüfungen erschwert werden. Sie müssen in der That sehr leicht gewesen sein, denn wie das „Journal des Debats“ bezeugt, hat sich herausgestellt, daß von den 10,000 Freiwilligen der beiden bisherigen Aushebungen mehr als die Hälfte kaum lesen und schreiben konnten; 3000 hatten nur eine ganz elementare Erziehung erhalten, 1000 besaßen die Vorkenntnisse, die man von Unteroffizieren verlangen muß; einige Hundert kaum waren mit dem Baccalaureats-Zeugnisse versehen. Kein Wunder also, wenn die große Menge sich bei den Regimentern als hinderlich erweist. — Seit ein paar Tagen streiten verschiedene Journale darüber, ob Napoleon III. jemals von Ludwig Philipp eine Geldunterstützung empfangen habe. Die Bonapartisten verneinen die Frage mit großer Entrüstung; aber jetzt denken ihnen die Gegner mit folgender Stelle aus Guizot's Memoiren den Mund zu verschließen: „Als die Königin Hortense den Ausgang der Unternehmung von Straßburg und die Gefangenschaft ihres Sohnes erfuhr, kam sie eilends unter einem angenommenen Namen nach Frankreich, stieg in Viry bei der Herzogin von Ragusa ab und richtete von dort aus ihre mütterlichen Bitten an den König und Herrn Molé. Sie bedurfte dessen nicht; man hatte schon den Beschluß gefaßt, den Prinzen Louis nicht vor Gericht zu stellen, sondern ihn nach Amerika zu schicken. Es war dies der entschiedene Wunsch des Königs und die einmüthige Meinung des ganzen Cabinets ... Der Prinz wurde am 10. September aus der Citadelle von Straßburg entlassen und im Postwagen nach Paris gebracht, wo er einige Stunden in den Gemächern des Polizeipräfecten verweilte, ohne einen anderen Besuch als denjenigen des Herrn Gabriel Delessert zu empfangen. Er reiste sofort nach Lorient weiter, und wurde dort am 15. November auf der Fregatte „Andromeda“, welche sich über New-York nach Brasilien begab, eingeschifft. Als die Fregatte im Begriff war, die Anker zu lichten, machte der Unterpräfect von Lorient, Herr Villemain, dem Prinzen Louis seine Aufwartung und fragte ihn, ob er bei der Ankunft in den Vereinigten Staaten die Hülfsmittel fände, deren er für die ersten Augenblicke bedürfe. — Ich finde keinerlei Hülfsmittel, sagte der Prinz. — Nun wohl, mein Prinz, der König hat mich beauftragt, Ihnen 15,000 Franken zu überweisen. Sie sind, in Gold, in dieser Kassette. — Der Prinz nahm die Kassette; der Unterpräfect begab sich ans Land und „die Fregatte ging unter Segel.“ — „Paris-Journal“ meldet, daß der Großfürst Constantin Nicolajewitsch übermorgen hier eintreffen werde. Er beabsichtige, drei Tage hier zu bleiben und sodann nach Biarritz zu gehen. Der italienische Gesandte Herr Nigra wird heute von seiner Urlaubsreise zurückkehren. — Gestern Nachmittag ist der letzte Stein der Vendomesänle eingefügt worden. In Abwesenheit einer Statue, welche dieselbe krönen soll, haben die Arbeiter eine Tricolore aufgepflanzt.

Spanien.

Madrid. [Ueber die Erschießung der 87 Carabineros durch die Carlisten] schreibt man der „K. Z.“:

„Es liegt uns heute ein ausführlicher Bericht über die auf Saballs' Befehl vollzogene Erschießung der 87 gefangenen Carabineros in Llayers bei Olot vor, welche scheußliche That bekanntlich an demselben Tage verübt wurde, als bei dem Gehöfte Camarellas, unweit San Juan de las Abadesas die Hinschlachtung der 114 Soldaten stattfand. Der Bericht ist veröffentlicht in dem zu Gerona erscheinenden Blatte „La Lucha“ und lautet im Wesentlichen, wie folgt: „Sobald der Befehl von Saballs eingetroffen war, ließ die carlistische Intendantur unter dem Oberbefehl von Federico Bru die Carabineros zu zwei und zwei zusammenbinden und ihnen befehlen, sich zum Marsche bereit zu halten, da sie an einen sicheren Ort geführt werden sollten. Die Intendantur verfügte über 150 Mann, die, von Alter und Anstrengungen geschwächt, mit der Bewachung der Gefangenen beauftragt waren und deren Vice-Commandant Federico Bru war, während als oberster Führer der Streitmacht der bekannte Bosch de Llers fungirte. 100 Mann blieben in Vallfogona, um die Soldaten unter dem Commando von Salvador Casademunt zu füsiliren, während die übrigen 50 unter Bosch und Bru den Marsch nach Llayers antraten. Unterwegs gesellte sich noch ein Pfarrer zu ihnen und am 17. Juli gegen 9¼ Uhr Morgens traf die Colonne in Llayers ein, wo man die 85 oder 86 gefangenen Carabineros in die Pfarrkirche einsperrte, während die Führer des carlistischen Haufens in das Haus des Pfarrers traten, um zu frühstücken und zu überlegen, wie man das entsetzliche Verbrechen zur That machen sollte; die Ausführung übertrug Bosch dem eben erwähnten Federico Bru und theilte gleichzeitig seine Absicht den Soldaten mit. Dann trat er in die Kirche, ließ die Carabineros sich in Reihe und Glied stellen und verlas den Befehl von Saballs, sie alle unverzüglich erschießen zu lassen. Ein unbeschreibliches Durcheinander von Stöhnen und Seufzern antwortete auf die schreckliche Mittheilung, während der Bandenführer die Unglücklichen ermahnte, ihre Sünden zu beichten. Drei Pfarrer traten gleichzeitig herein, und während die beklagenswerthen Opfer ihre Sünden bekannten, glitten die Namen ihrer Kinder und Gattinnen über die bleichen Lippen. Wenige Bleistifte waren unter der ganzen Menge zu finden und man machte sich kleine Stückchen Papier streitig, um die letzten hoffnungslosen Abschiedsbriefe zu schreiben. Einer davon kam in meine Hände und zerriß mir beim Lesen das Herz. Eine arme Wittwe bat mich, ihr jene Schriftzüge zu entziffern, die durch ein Meer von Thränen fast unleserlich geworden waren und in denen ihr Gatte sagte, daß er, der nie in seinem Leben ein strafbares Unrecht begangen, nach vielen Leiden nunmehr unschuldig den Tod erleiden müsse, daß er um nichts so sehr weine, wie um sein verlassenes Weib und seine vier armen Kinder, die Almosen würden erbetteln müssen, um den Hunger des Augenblicks zu stillen. Inzwischen war es 11 Uhr geworden und wieder zeigte sich Bru, den man flehentlich bat, die Execution um eine Stunde hinauszuschieben, und ihm zu diesem Zwecke alles Geld, welches die Leute bei sich trugen, anbot. Bru erwiderte wörtlich Folgendes: „Schon längst hätte man euch erschießen müssen, gleich nachdem man euch gefangen genommen hatte, da ihr Carabineros alle nur Schurken seid. Geld will ich nicht, wonach ich verlange, ist Blut! Haben sie schon gebeichtet?“ wandte er sich dann an die Geistlichen. Jene erwiederten bejahend. Bosch ließ nun die Schützen an der gegenüber liegenden Mauer des Kirchhofs sich aufstellen und die erste Abtheilung der Gefangenen aus der Kirche herausführen. Die Salven krachten und bei diesem Ton erscholl neues Wehklagen innerhalb der Kirche. Die Feder sträubt sich zu berichten, was dort während der 1½ Stunden sich zutrug, während welcher die Schlächtereien fortdauerten. Die resignirtesten starben zuerst, während man die, denen das entsetzliche Geschick den Verstand geraubt hatte, gewaltsam aus der Kirche herausschleppen mußte. Einige küßten die von den Kugeln zerrissenen Leichname ihrer Gefährten, und bei jedem Trupp, den man auf den Kirchhof hinausführte, wiederholte sich dasselbe herzzerreißende Schauspiel. Der Pfarrer, der sich freiwillig der Colonne angeschlossen hatte, wurde, unfähig, der grauenhaften That länger beizuwohnen, von zwei Carlisten ohnmächtig in die Pfarrwohnung getragen. Bosch und Bru feuerten die Ihrigen zur Eile an und stellten hinter den Linien der Schützen Soldaten mit aufgepflanzten Bayonnet auf, um den Verwundeten vollends den Garaus zu machen. Auch verstärkten sie die Wachen in der Kirche, da die muthigsten und stärksten der Gefangenen die Letzten waren, die zum Tode geführt wurden und in der Hoffnung auf einen großmüthigen Pardon verzweifelten Widerstand leisteten. Die Unglücklichen! Sie wußten nicht, daß ein solches Gefühl eher der Brust eines Banditen, wie der der Carlisten zugänglich ist. Um 12½ Uhr Mittags war Saball's Befehl ausgeführt. 84 oder 85 Carabineros bedeckten mit ihren Körpern den Kirchhof von Llayers. Nur Einer von ihnen, Namems Arolas, blieb am Leben. Aus welchen Gründen Bosch den Bitten dieses Mannes, der auch aus Llers gebürtig war, nicht widerstehen konnte und ihm das Leben schenkte, vermögen wir nicht anzugeben. Da die Carlisten nach der Ausführung der Execution Widerstand dabei fanden, die Todten auf dem kleinen Kirchhof von Llayers zu beerdigen, weil man fürchtete, daß die Miasmen das Pfarrhaus verpesten würden, und da Bosch mit der Abfassung eines Berichtes an Saballs beschäftigt, sich um nichts bekümmern wollte, so nahm Bru die Sache in die Hand und bat den Pfarrer Campas um die Anweisung eines Stück Landes zum Auswerfen einer Grube. Dies that er mit der Bemerkung, daß man, die Gelegenheit benutzend, einen recht unfruchtbaren Flecken Erde aussuchen möchte, den die Carabineros mit ihren Leibern düngen würde. In der That wurde auf dem Abhange eines Sandhügels, der sich in der Nähe der Kirche erhebt, der Begräbnißplatz ausgewählt. Zwei alte Carlisten trugen die Kleider der Erschossenen und was an Ueberbleibseln von ihnen zerstreut umherlag, zusammen, begossen es mit Petroleum und steckten es in Brand. So endeten diese Beklagenswerthen, deren Tod wir nach den Mittheilungen der Hinterbliebenen und nach den eigenen Aussagen des Pfarrers von Llayers, so wie von Bosch und Bru, die den Hergang in Montesquiu erzählten, wahrheitsgetreu mitgetheilt haben.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 3. September. [Tagesbericht.]

H. [Stadtverordneten-Versammlung.] Die heutige Versammlung wurde von dem Vorsitzenden Dr. Lewald mit verschiedenen Mittheilungen eröffnet. Vom Magistrat ist der Antrag eingegangen, die Neuwahl von 30 Mitgliedern und 15 Ersatzmännern der Einschätzungs-Commission für die Veranlagung der klassificirten Einkommensteuer pro 1875 zu vollziehen. Zur Erledigung gelangen

Wahlen. Die Versammlung wählt die Stadtverordneten Ofenbaumeister Müller, Kaufm. R. Sturm, Kaufm. Joachimssohn und Kaufm. Bock, deren Amtsperiode beendet ist, auf's Neue zu Mitgliedern des Curatoriums der städtischen Gaswerke und den Kaufm. Alb. Kaufmann zum Mitgliede der Sicherungs-Deputation.

Höhere Gewerbeschule. Aus den Kreisen der hiesigen Bürgerschaft sind schon seit Jahren wiederholt Anträge auf Errichtung einer Gewerbeschule in Breslau gestellt worden. Da seitens des Magistrats die Nothwendigkeit einer derartigen Anstalt anerkannt werden mußte und da die von Sr. Majestät im Jahre 1868 bewilligte Errichtung einer Kunstakademie oder höheren Kunstlehranstalt aus Staatsmitteln davon abhängig gemacht wurde, daß die Commune zuvor dem Bedürfnisse des Handwerkerstandes durch Errichtung einer Gewerbeschule genüge, so haben Berathungen und Verhandlungen stattgefunden, deren Resultat der in Nr. 395 d. Ztg. mitgetheilte Antrag des Magistrats ist.

Die Schulen-Commission empfiehlt:
1) den Antrag des Magistrats abzulehnen;
2) den Magistrat zu ersuchen, im Falle wiederholte Versuche zur künftigen Erlangung der Kunst-, Bau- und Handwerksschule nicht zu günstigem Abschluß führen, selbst die Erwerbung eines eigenen Gebäudes in Aussicht zu nehmen, und falls ein solches resp. der Platz dazu bestimmt ist, der Versammlung erneute Vorlage darüber, verbunden mit einem Etat für die vollendete Anstalt, vorzulegen.

Stadtv. Dr. Steuer motivirt Namens der Schulen-Commission den ablehnenden Antrag derselben. Dieselbe sei zwar mit der Errichtung einer höheren Gewerbeschule einverstanden, könne aber den Weg, den Magistrat einschlagen wolle, nicht billigen. Dem diesem bekannt gewordenen Wunsche aus der Bürgerschaft sei durch Errichtung von Mittelschulen Genüge geleistet. Die Commission wünsche, daß die Anstalt allein von der Stadt, unabhängig vom Staate, gegründet werde, und hoffe, daß die Schule auf diesem Wege zur Vollendung kommen werde. Es handle sich um eine Schule nach dem Gesetz vom 21. März 1870, wonach die Schüler das 14. Jahr überschritten haben und die Schule 3 Jahre besuchen müssen. Das sei eine höhere Bildungsanstalt, für die eigentlich der Staat sorgen müsse. Breslau reflectire wenig nach dieser Richtung hin auf die Subvention des Staates Die königliche Bauschule sei dem Eingehen nahe und werde eingehen, sobald die neue Schule errichtet sein werde. Während ehedem die Regierung auf die Gründung der Schule gedrungen, stelle sie jetzt ganz exorbitante Bedingungen. Aus den Akten gehe hervor, daß in der ganzen Angelegenheit zwei Verwaltungsbranchen einander entgegen zu arbeiten scheinen. Zwischen beiden befinde sich die Commune in übler Lage. Dem Verlangen, die Locale der königlichen Bauschule für die neue Gewerbeschule in irgend einer Weise zu erwerben, gegenüber habe sich Fiscus sehr reservirt gehalten und schließlich sich nur bereit erklärt, dieselben auf nur zwei Jahre gegen eine hohe Miethe der Stadt zu überlassen. Es sei fast mit Sicherheit anzunehmen, daß für längere Zeit auf diese Lokale nicht zu rechnen sei. Die Regierung fordere ferner auch die Uebernahme eines der Lehrer der königlichen Bauschule unter sehr bedenklichen Bedingungen. Die Summe, welche jetzt bewilligt werden solle, sei nur ein äußerst geringer Theil des künftigen Etats, der sich sicher auf 10—12,000 Thaler belaufen werde. Einer solchen Forderung gegenüber sei Vorsicht doppelt geboten; mit einer wichtigen Sache dürfe man keine Experimente machen. Aus diesen Erwägungen heraus seien die Anträge der Commission hervorgegangen, die Redner zur Annahme empfiehlt.

Oberbürgermeister v. Forckenbeck bittet den Magistrats-Antrag, vielleicht mit einigen Modificationen, anzunehmen. Durch seine Ablehnung werde Alles in Frage gestellt, zum Mindesten gehe ein volles Jahr verloren. Die Frage der höheren Gewerbeschulen sei seit dem Jahre 1870 durch die vom Handelsminister erlassene Verordnung zu einem bestimmten Abschluß gelangt; der in dieser enthaltene Plan lege einen bestimmten Plan vor, den der Minister bisher überall festgehalten habe. Wolle man zu einer höheren Gewerbeschule kommen, so könne dies nur in dieser Gestalt geschehen. — Nachdem Redner im Weiteren den in Rede stehenden Plan in Bezug auf Lehrer-Gehälter, Lectionsplan u. s. w. näher skizzirt, weist er nach, daß die der Stadt erwachsenden jährlichen Kosten bei 180 Schülern etwa 4810 Thaler betragen würden. Daß eine Lehranstalt, wie die beabsichtigte, für Breslau eine unbedingte Nothwendigkeit sei, lasse sich nicht bestreiten, die Errichtung derselben sei aber auch auf das Innigste mit der Errichtung des Museums und einer Kunstschule verknüpft. Das Museum sei gesichert, zur Errichtung der Kunstschule sei der Fiskus verpflichtet, sobald die Stadt die Gewerbeschule gründe. Das Vorhandensein der Bauschule, die den Bedürfnissen nicht genüge, habe die Erledigung der Angelegenheit complicirt, doch sei das Opfer, welches die Stadt durch die verlangte Uebernahme eines Lehrers bringe, in keinem Falle allzugroß; daß die Verhandlungen bezüglich des eventuellen Ankaufes der Bauschule nicht zum Abschluß gelangt, habe seine Ursache darin, daß die Idee aufgetaucht sei, aus ihr eine Kunstgewerbeschule zu machen. Es sei nicht erfindlich, was die Stadtverordneten-Versammlung abhalten solle, einen definitiven Beschluß schon jetzt zu fassen. Beschließe sie im Sinne des Magistrats, so sei dieser verpflichtet, schleunigst die Verhandlungen über den Ankauf wieder in die Hand zu nehmen und werde dies nunmehr nach der bereits beschlossenen Errichtung der Schule unter günstigeren Verhältnissen thun können; zeige es sich, daß die Erwerbung unmöglich, so müsse Magistrat bis Ostern 1875 mit einem Plane zur selbstständigen Errichtung eines Gebäudes kommen.

Der Einwand, daß die geforderte Miethe zu hoch sei, könne nicht geltend gemacht werden, da für dieselbe 5 Räumlichkeiten, welche nothwendig seien, gewährt werden.

Redner spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Versammlung möge den Jahre lang mit Energie geführten Verhandlungen nun einen praktischen

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.